Einzelpreis 20 gr

Posener Tageblatt

Begründet 1861

Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł, mit Zustellgeld in Posen 4.40 zł, in der Provinz 4.30 zł. Bei Postbezug monatlich 4.39 zł, vierteljährlich 13.16 zł. Unter Streifband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł, Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmk. Einzelnummer 20 gr. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postscheckkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto-Inh.: Concordia Sp. Akc.). Fernsprecher 6105, 6275.

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textteil-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Pfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Offertengebühr 50 gr. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos" Sp. z o. o., Annoncen-Expedition, Poznań, Zwierzyniecka 6. Postscheckkonto in Polen: Poznań Nr. 207 915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102. (Konto-Inh.: Kosmos Spółka z o. o., Poznań). Gerichts- u. Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. Fernspr. 6275, 6105.

73. Jahrgang | Freitag, 9. November 1934 | Nr. 255

Der demokratische Wahlsieg in den Vereinigten Staaten

Erörterungen über Roosevelts zukünftiger Politik

London, 8. November. In einer Reutermeldung aus New York heißt es, politische Beobachter glaubten nicht, daß der überwältigende Sieg der demokratischen Partei den Präsidenten Roosevelt veranlassen werde, sich mehr nach links zu orientieren. Man nehme vielmehr an, da ßer nach wie vor einen mittleren Kurs steuern werde. Die Stimmung im Volke, die als Barometer des allgemeinen Eindrucks des Wahlergebnisses betrachtet werden könne, sei unerschüttert geblieben.

Aus Chicago wird berichtet, daß

Arthur Mitchell als erster demokratischer Neger mit knapper Mehrheit in das Repräsentantenhaus gewählt

worden ist. Er wird einen Bezirk vertreten, der von zahlreichen Negern bewohnt wird. — Upton Sinclair, dessen Bemühung um den Posten des Gouverneurs von Kalifornien bekanntlich mißlungen ist, dankte am Mittwoch abend seinen Anhängern für ihren

„großen Sieg über so viele Millionen Dollar".

Er sagte, er habe bisher viele, allzu viele Bücher geschrieben und stehe noch am Anfang seiner Laufbahn als politischer Kämpfer.

Bisher 421 Abgeordnete für das Repräsentantenhaus gewählt

New York, 8. November. **Um Mitternacht amerikanischer Zeit waren für das Repräsentantenhaus 421 Abgeordnete gewählt. Die Demokraten erhielten davon 311 Sitze, die Republikaner 100 Sitze, die Fortschrittler 7 Sitze und die Landarbeiter 3 Sitze. Die Verteilung von 14 Sitzen steht noch aus. In den Senat sind nach den letzten Ergebnissen bisher 25 Demokraten, 6 Republikaner, ein Fortschrittler und ein Landarbeiter eingezogen. Bei den Wahlen** der Gouverneure haben die Demokraten 17 und die Republikaner 6 Anwärter durchgebracht. In Maryland haben die Demokraten eine schwere Niederlage bei den Gouverneurswahlen erlitten. Der Demokrat Ritchell, der fünfmal nacheinander zum Gouverneur gewählt worden war, mußte diesmal seinen republikanischen Gegner Nice missen.

Präsident Roosevelt ist am Mittwoch abend aus Hydepark nach Washington abgereist.

Die letzten Ergebnisse

Die amerikanische Presse zum Ausgang der Wahlen

New York, 8. November. **Die Leitartikel der republikanischen Presse geben zu, daß in den nächsten zwei Jahren keine nennenswerte Opposition im Senat und im Repräsentantenhaus vorhanden sein wird. Die führenden demokratischen Zeitungen heben die große Verantwortung hervor, die der Wahlsieg der Demokraten dem Präsidenten Roosevelt übertragen habe. Die „Los Angeles Times" bezeichnet das Wahlergebnis von Kalifornien als einen Rückzug von Moskau. Sinclairs Niederlage sei ein Schlag für den Radikalismus im ganzen Lande. Von dieser Niederlage werde sich der Radikalismus nicht so bald erholen.**

Nach dem am frühen Morgen amerikanischer Zeit vorliegenden Ergebnis erhielten im Repräsentantenhaus die Demokraten 317 Sitze, die Republikaner 102 Sitze, die Fortschrittler 7 Sitze und die Landarbeiter 3 Sitze. Für den Senat erwarten die Demokraten 69 Sitze gegenüber 25 Republikanern. Sie würde die demokratische Mehrheit bis zum Jahre 1940 sichern, und zwar selbst dann, wenn die Republikaner im Jahre 1936 einen Wahlsieg erringen sollten.

Heute noch Rücktritt Doumergues

Ein Ausgleichskabinett Laval oder eine Linksregierung

Paris, 8. November. Niemand zweifelt mehr daran, daß nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Doumergue am Mittwoch abend

der Bruch im Kabinett vollzogen

ist und die Regierung ihren Rücktritt im Ministerrat am heutigen Vormittag beschließen wird. Auf verschiedene Ratschläge hat der Ministerpräsident es abgelehnt, mit sich über Reformen feilschen zu lassen, die er für unerläßlich halte. Doumergue wird die Gründe seines Entschlusses, in das Privatleben zurückzukehren, in seinem Rücktrittsschreiben an den Staatspräsidenten darlegen und die Franzosen zur Einigkeit ermahnen. Man erklärt, daß der Präsident vielleicht schon gegen Mittag einem Parlamentarier

die Neubildung der Regierung

übertragen werde.

Voraussichtlich wird die Wahl des Staatspräsidenten auf Laval fallen, dem es, wie man hofft, gelingen wird, sehr schnell, vielleicht noch im Laufe des heutigen Tages,

ein Kabinett des Ausgleichs

aufzustellen, das den Burgfrieden aufrechterhalten könnte. Laval hatte am Mittwoch auch eine

Aussprache mit Tardieu,

den er am Krankenlager aufsuchte. Laval möchte Tardieu in seinem neuen möglichen Kabinett nicht missen. Es heißt, daß Marschall Pétain und der Luftfahrtminister General Denain sich nicht mehr an einem Kabinett beteiligen wollen.

Nach dem „Echo de Paris" soll Germain-Martin als Finanzminister wahrscheinlich durch Flandin ersetzt werden. Die meisten Blätter sind der Ansicht, daß die Krise möglichst schnell gelöst werden müsse. „Excelsior" sagt, das Ausland dürfe nicht die Sensation eines tiefen innerfranzösischen Zwistes erleben, da es daraus Nutzen ziehen würde. Der marxistische „Populaire" bezeichnet den wahrscheinlichen

Rücktritt Doumergues als ersten Sieg gegen den Faschismus.

In diesem Zusammenhang wird man einer Entschließung Bedeutung beimessen müssen, die vom ständigen Verwaltungsrat der sozialistischen Partei Mittwoch abend gefaßt worden ist. Die Entschließung lautet: „Wenn angesichts der Gefährdung der öffentlichen Freiheiten und der Freiheiten der Arbeiter die Republikaner sich entschließen könnten, gegen die faschistische Gewalt mit den republikanischen Rechten zu antworten und eine Kampfregierung zur Erringung der demokratischen Freiheiten und der Behebung der Krise zu bilden, dann dürfen sie der unbegrenzten Unterstützung unserer Partei sicher sein." Dieser Beschluß einer etwaigen Beteiligung an einer „Regierung der republikanischen Verteidigung" soll auf eine Fühlungnahme mit einflußreichen Radikalsozialisten zurückgehen. **Wenn tatsächlich in linksstehenden Kreisen über die**

Bildung einer Linksregierung

verhandelt werden sollte, würde eine völlig neue Lage entstehen, an der auch Laval scheitern könnte.

Nach „Petit Journal" erklärte Herriot Pressevertreter, es vergehe kein Tag, an dem er nicht schriftliche oder fernmündliche Todesdrohungen erhalte. Auf die Frage, ob die Kammer nicht über den Streit entscheiden sollte, sagte er: „War es wirklich geschickt und mutig, gegen die Kammer einen neuen Gewittersturm und eine neue antiparlamentarische Welle heraufziehen zu lassen? Das dürfte wohl nicht zu empfehlen sein."

Marchandeaus letzter Versuch zur Güte

Paris, 7. November. Finanzminister Germain-Martin, dem man in gewissen Kreisen nachsagte, er billige die Forderungen des Ministerpräsidenten auf Einbringung von drei Haushaltszwölfteln nicht, hat am Mittwoch den Antrag für diese drei Haushaltszwölftel gegengezeichnet. Ministerpräsident Doumergue hatte am Mittwoch Unterredungen mit Laval, Lemery, Rivollet und Lamoureux. Außerdem empfing er eine Abordnung von Senatoren. Die Abgeordneten, die der demokratischen Allianz angehören, nahmen eine Entschließung an, in der Doumergue volles Vertrauen versichert wird.

Der politische Waffenstillstand sei auf den Namen Gaston Doumergue abgeschlossen worden, der das Land vor dem Bürgerkrieg und vor der finanziellen Panik gerettet habe. Diejenigen, die eine Regierungskrise heraufbeschwörten, müßten auch die Verantwortung dafür übernehmen.

Diese Entschließung deutet an, daß nach Ansicht der demokratischen Allianz im Falle einer Krise die Radikalsozialisten allein mit der Lösung der Schwierigkeiten beauftragt werden müßten.

Innenminister Marchandeau soll sich um eine letzte Vermittlung bemühen. Der Vorschlag soll dahin gehen, daß die radikalsozialistische Kammerfraktion ihren Ministern bei der Abstimmung über die Haushaltszwölftel volle Freiheit läßt. Diese brauchten dann nicht zurückzutreten, und die Regierung könnte geschlossen vor die Kammern treten, die dann durch Abstimmung über die Anträge Doumergues zu entscheiden hätten.

Absplitterung bei den Radikalsozialisten?

Paris, 8. November. Einige Mitglieder der radikalsozialistischen Kammergruppe sollen mit der Einstellung der Fraktion zum Burgfriedenkabinett Doumergue unzufrieden sein und aus der Partei auszutreten beabsichtigen. Der Abgeordnete Clerc hat diese Absicht bereits wahrgemacht.

Neue Generalstreiksbewegung in Spanien

Madrid, 7. November. Die syndikalistischen Gewerkschaften (C. N. T.) haben, wie am Dienstag abend gemeldet wird, in verschiedenen Städten Spaniens den Generalstreik ausgerufen. Bis jetzt steht fest, daß in Saragossa der größte Teil der Bauarbeiter dem Streikaufruf Folge geleistet hat. Auch aus Alicante kommen Gerüchte über die Arbeitsniederlegung verschiedener Berufsgruppen. Demnach scheint die Drohung der Syndikalisten und Anarchisten, die an den letzten Unruhen nicht beteiligt waren, im Falle der Vollstreckung von Todesurteilen den Ausstand zu erklären, nunmehr durchgeführt zu werden.

Der Revolutionsversuch in Spanien erstickt

Ein großer rechtsrepublikanischer Block?

Madrid, 7. November. Die heutige Morgenpresse meldet einstimmig, daß der Revolutionsversuch der Syndikalisten und Anarchisten infolge der scharfen von der Regierung getroffenen Abwehrmaßnahmen im Keime erstickt worden sei. Aus neuen Erklärungen des Innenministers geht hervor, daß in ganz Spanien Ruhe herrsche.

Die Presseauslassungen, die sich mit der gestrigen Parlamentssitzung beschäftigen, unterstreichen einmütig das bei dieser Gelegenheit erfolgte enge Zusammenrücken der Katholischen Volksaktion mit den Radikalen von Lerroux. Die Annäherung gehe so weit, daß schon einer möglichen Verschmelzung dieser beiden Parteien und der Agrarier zu einem großen rechtsrepublikanischen Block im Notfalle gesprochen werde. Große Beachtung fand auch eine Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß bei einer Regierungsumbildung nur Gil Robbes als sein Nachfolger in Frage käme.

Tadeln ist leicht; deshalb versuchen sich so viele darin. Mit Verstand loben, ist schwer; darum tun es so wenige.

Anselm Feuerbach.

Vom Sieg in die Entscheidung

Nach der Wahlschlacht in USA.

Die Tatsache, daß die „Vorwetten" auf den Ausgang der amerikanischen Zwischenwahlen so unsicher waren wie selten zuvor bei irgendwelchen anderen USA-Wahlen, zeugt, zusammen mit dem Ausmaß des Rooseveltschen Sieges, dafür, daß ein neues Element den Ausgang der Wahlen entscheidend beeinflußt hat. Dieses Element ist das unmittelbare, fast liebevolle Verhältnis des kleinen „Mannes auf der Straße" zu seinem Präsidenten, die vertrauensvollen Erwartungen, die die eigentlichen Opfer der Depression auf den Mann setzen, der heute, wie vor 2 Jahren, als Revolutionär gilt und also Hoffnung auf Beseitigung des Systems weckt, dem — nach den Begriffen eben dieses kleinen Mannes — die Depression entwuchs. Dies gilt ohne Rücksicht auf die Grenzlinien zwischen den beiden großen Parteien; denn die Wahlziffern lassen erkennen, daß es heute im Lager der einstigen Gegner Roosevelts ebensoviele oder mehr „Roosevelt-Republikaner" als echte Republikaner gibt. Die Hilf- und Ideenlosigkeit der Republikaner gegenüber der Depression ist so offenkundig geworden, daß jede andere Taktik, wenn sie n.. Aktivität zeigte, zwangsläufig alle noch nicht völlig Entmutigten auf ihre Seite ziehen mußte. Der „kleine Mann" hat zuerst und am unmittelbarsten an der eigenen Börse empfunden, daß und was geschah, er hat den Sturm über den stagnierenden Sumpf der Depression hinwegfegen sehen und hat seine Stimme dem gegeben, der diesen Sturm entfachte, obwohl er nicht weiß noch sieht, wohin denn letzten Endes die neue Fahrt geht.

Wie weit hinauf in die bürgerlichen Schichten diese große Masse reicht, deren Stimmen Roosevelt zufielen, ist zwar nicht mit Sicherheit zu sagen, doch darf man ruhig annehmen, daß sie eine große Zahl der wirtschaftlichen und gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe einschließt. Die Wochen vor der Wahl waren Roosevelt entschieden günstig, aber auch sie wiederum im Sinne einer Beeinflussung der großen Masse, weniger der Großindustrie und des Großkapitals zugunsten des „New Deal". Seit Mitte August sind die Einzelhandelsumsätze dauernd gestiegen, der Konsum hat wesentlich höhere Warenmengen aufgenommen als zur gleichen Zeit 1933. Die Beschäftigungsziffern, die im Sommer (bis September) ständig zurückgegangen waren, zeigten im Oktober endlich wieder ein leichtes Ansteigen. Aber im Hintergrund, ohne der Masse der Roosevelt-Wähler deutlich bewußt zu sein, steht die Tatsache, daß mindestens 15% der Kaufkraft, die der Konsumgüterindustrie in den Herbstmonaten zugeflossen ist, künstlich durch die Hilfsmaßnahmen der Regierung geschaffen wurden. Die USA leben also von der Substanz.

Der neue Nira-Leiter, Richberg, schleuderte kürzlich einem Interpellanten das harte aber klare Wort entgegen: „In einer Zeit wie heute ist der Ruf nach einem ausgeglichenen Etat entweder ein Ausdruck vollkommener Unwissenheit oder ein Produkt minderwertigsten politischen Demagogentums!" Diese derbe, aber wertvolle Offenherzigkeit ehrt Richberg ebenso wie den, der ihn berief, aber sie kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß schließlich der Weg doch wieder zum ausgeglichenen Haushalt zurückführen muß, nud — daß es ein Maximum gibt, dessen Ueberschreitung in Richtung auf Inanspruchnahme der Substanz sich ernstlich rächen muß.

Roosevelt hat also einen Sieg erfochten und einen glänzenden dazu, aber er hat den Krieg gegen die Depression damit noch nicht gewonnen. Freilich kann und soll nicht bestritten werden, daß über den faktischen Wahlerfolg hinaus die Größe des Sieges einer ganzen Anzahl gewonnener Schlachten als gleichwertig zu erachten ist. Aber solch ein Sieg verpflichtet; er spannt die Erwartungen gewaltig an und macht die Nerven empfindlicher, leicht sogar überempfindlich für etwaige Rückschläge. Man dürfte also mit gewisser Berechtigung sagen, daß von diesem glänzenden Siege aus Roosevelt eigentlich erst in den Entscheidungskampf hineingeht.

Es wird ein harter Kampf sein. Auf welchen Grundideen er sich aufbaut, hat z. T. Roosevelt selbst in seiner Rede vor den Bankiers am 25. Oktober, teilweise sein neuer Wirtschaftssteuermann Richberg Anfang Oktober in seinen ersten offiziellen Aeußerungen als neuer Leiter der Nira angedeutet, teilweise ergeben sie sich bereits aus Kursänderungen, die durch offensichtliche Mißerfolge, wie z. B. der Rooseveltschen Baumwoll-Restriktionspolitik, erzwungen werden oder schon erzwungen worden sind.

Bei seiner Rede vor den Bankiers, die ja allerdings bereits eine typische Wahlkundgebung war, zerstreute Roosevelt vor allem die Bedenken der amerikanischen Finanzwelt hinsichtlich etwaiger weiterer Finanz- und Währungsexperimente und bekannte sich offen zu der Notwendigkeit, in die künftige Wiederaufbaupolitik die private Initiative in verstärktem Maße einzuschalten. Darüber hinaus — ein besonders gewichtiges Zugeständnis — nach der Periode der vielfach krampfhaften Versuche, wechselseitig Preis- und Lohnniveau zu erhöhen — proklamierte der Präsident die Stabilisierung der Preise für Waren, Dienstleistungen und Aktien. Das Echo blieb nicht aus; die Bankiers sicherten in einer formellen Entschließung ihres Verbandes dem Präsidenten ihre künftige Mitarbeit zu, doch machten sie, gleichfalls ganz formal, die Einschränkung, daß „die Staatsausgaben die Einnahmen nicht auf unbegrenzte Zeit übersteigen dürften", wenngleich natürlich Notausgaben im Interesse der Wohlfahrt stets notwendig sein würden.

Ein etwas dehnbar verklausuliertes Bündnisangebot also, denn was heißt „unbegrenzte Zeit". Was sind — insbesondere — Wohlfahrtsausgaben? Gehört dazu die Erfüllung der weitgehenden Verpflichtungen, die die Mitglieder des neuen „Roosevelt-Kongresses", in erster Linie wohl die Senatoren, den Kriegsveteranen gegenüber hinsichtlich der alsbaldigen Ausschüttung des vielumstrittenen Bonus' (insgesamt 2—2,5 Milliarden Dollar), den Erwerbslosen gegenüber hinsichtlich der künftigen Unterstützungszahlen, den Farmern gegenüber hinsichtlich der Weiterzahlung der Anbauausfall-Prämien (Baumwolle!), den Exporteuren gegenüber hinsichtlich der künftigen offenen oder verschleierten Exportprämien zugesichert haben?!

Hier haben ganz zweifellos vielfach die Meistbietenden den Zuschlag der Wähler erhalten, und bieten konnten ja „glaubhaft" nur demokratische Kandidaten... Möglich, daß Roosevelt hier bald den Himmel um Schutz vor seinen Parteifreunden bitten wird; wahrscheinlich sogar, daß von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, ein nicht so glänzender Sieg erfreulicher gewesen wäre, denn wenn derartige Anforderungen zu dem absolut zwingenden Aufwand für die 16,5 Millionen Arbeitslosen stoßen, so besteht für den Ausgleich des schon überlasteten Budgets für schwer begrenzbare Zeit keine Hoffnung.

Dazu kommt, daß der neue Nira-Gewaltige, Herr Richberg, sozusagen ex cathedra, also bindend, erklärt hat, er sei „grundsätzlich" gegen Preisbindungen und Produktionsregulierungen; beide hätten der amerikanischen Wirtschaft nur Schwierigkeiten gebracht, anstatt heilend zu wirken. Wenn auch diese Erklärungen, die Richberg Anfang Oktober abgab, unzweifelhaft weitgehend wahlpsychologisch bestimmt waren, so kamen sie doch von einem schon offiziellen, in Rang und Würden befindlichen Vorsitzenden der politischen Komitees der Nira, werden also im gegebenen Falle unzweifelhaft von etwaigen Gegnern des Präsidenten geltend gemacht werden. Es liegt auf der Hand, welches peinliche Dilemma sich für ihn daraus ergeben kann: Enttäuschung gläubiger Wähler oder Zwang zu neuem Griff in den Staatssäckel, um die Wunden derer zu heilen, die durch das Wiederaufleben der Konkurrenz vom Profit ausgeschaltet werden oder die dann, wie es bei den Farmern vielfach der Fall sein würde, ihre Selbstkosten nicht mehr hereinbringen könnten.

Der zuletzt erwähnte Gesichtspunkt leitet über zu der einzigen außenpolitischen, nämlich handelspolitischen Frage, die durch die Wahlen akut geworden ist: Was wird mit den Zollmauern? — Erklärungen Roosevelts und — noch deutlicher — seines Staatssekretärs Hull haben Veranlassung zu der Auffassung gegeben, daß sie langsam abgebaut werden sollten. Man wird sich nicht täuschen dürfen: Dieser Abbau ist tatsächlich mehrfach proklamiert; aber vollzogen werden soll er auf dem Wege bilateraler Vereinbarungen. Das bedeutet — für die nichtamerikanische Weltwirtschaft — so gut wie nichts, denn für Handelsinteressenten außerhalb Nord-, Mittel- und Südamerikas sind die Möglichkeiten, Absatz, der keine USA-Industrie oder -produktion schädigt, zu finden, höchst unbeträchtlich. Mit lateinamerikanischen Staaten aber wird Washington, schon aus weltpolitischen Erwägungen, vor allen Dingen ins Einvernehmen zu gelangen suchen.

Die Situation ist also klar: niemals waren Zwischenwahlen in den USA bedeutsamer als diese. Aber sie sind in erster Linie eine inter-amerikanische Angelegenheit. Die Präsidentschaftswahl 1936 wird ihre wahre Bedeutung klären; vorläufig ist nur zu sagen, daß sie Roosevelt den Weg zum Entscheidungskampf geebnet haben.

Das Ergebnis von Rom

Mussolini hält an der Freundschaft mit Ungarn fest

Budapest, 7. November. Nach der Auffassung eingeweihter ungarischer Kreise gibt ein heute morgen im „Pesti Hirlap" erschienener Bericht aus Rom die klarste und zutreffendste Darstellung dessen, wie, von Rom betrachtet, sich die augenblickliche europäische Situation kennzeichnet. Der politische Inhalt und die Formulierung dieses Berichtes soll von einer „weltbekannten Persönlichkeit herrühren, die sowohl an Informiertheit wie an Position geeignet ist, die offizielle italienische Auffassung zu verdolmetschen". In diesem Bericht wird gesagt, daß es

lächerlich sei, zu behaupten, Italien wolle von Südslawien Gebiete haben.

Mussolini sei im Gegenteil der erste Ministerpräsident gewesen, der seinerzeit Südslawien einen Freundschaftspakt angeboten habe. Mussolini wolle aber auch Oesterreich nicht beherrschen, er halte jedoch im Interesse Europas an der

Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs

fest. Italien erstrebe auf dem Balkan keine Vorherrschaft, aber es fordere, daß unter den Balkanvölkern ein Gleichgewicht hergestellt werde. Die Anspielung des südslawischen Außenministers Jeftitsch, Italien solle sich nicht in die Dinge des Balkans einmischen, beziehe sich zweifelsohne auf Albanien. Wenn jedoch Südslawien der militärische Verbündete Frankreichs sei, könnte Albanien auch der Verbündete Italiens sein.

Auf die Forderung Jeftitschs, daß Ungarn von Italien im Stiche gelassen werden solle, bilde auch heute noch die seinerzeitige Mailänder Depesche Mussolinis an Gömbös („Ich dachte bei der Erwähnung der Revision an Ungarn") die beste Antwort. Sie zeige klar auf, daß Ungarn von Italien auch nicht im Falle einer italienisch-französischen Annäherung im Stich gelassen werde.

Uebrigens, so heißt es fragend in dem Bericht: Wo steht man denn heute mit der französisch-italienischen Verständigung? Man halte doch erst bei der Festlegung der Verhandlungsthemata. Das Ziel der Verhandlungen aber habe

die Sicherung des europäischen Friedens

zu bilden, nicht aber eine französisch-italienische Allianz. Italien lasse sich auf keinen Fall die Hände binden. Frankreich habe diese Verhandlungen zu einem Zeitpunkt angeregt, als die italienisch-deutschen Beziehungen erkaltet waren.

Barthou sei in Husarenart vorgegangen,

Laval jedoch habe es nicht so eilig, und auch Italien könne warten. Italien habe auch bislang ohne eine sogenannte Verständigung mit Frankreich existiert. Was in diesem Zusammenhange aber Deutschland anbelange, so gäbe es

kein Hindernis für die Wiederaufnahme guter Beziehungen Italiens zu Deutschland,

falls Italien entsprechende Sicherungen hinsichtlich Oesterreichs erhalte. Außer der österreichischen Frage aber existierten

keine Gegensätze zwischen Italien und Deutschland.

Geteilte Meinung in Paris

Paris, 8. November. Das Ergebnis der Aussprache zwischen Gömbös und Mussolini in Rom ist in Paris trotz der gespannten innerpolitischen Lage mit Interesse erwartet worden.

Der römische Berichterstatter des „Matin" will aus der Erklärung folgern, daß das revisionistische Ungarn durch die Umstände gezwungen werde, den militärischen Status quo feierlich zu unterschreiben, „was Deutschland zu denken geben sollte". Die gemeinsame Veröffentlichung besage andererseits, daß Rom, wenn es auch gegen die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Deutschland nichts einzuwenden habe, doch in dem Punkt der österreichischen Unabhängigkeit nicht mit sich handeln lassen werde. Der Besuch Gömbös dürfte also an der diplomatischen Aktion Italiens nichts geändert haben, so daß

Rom freie Hand für eine etwaige Annäherung an Frankreich und Südslawien behalte.

Der römische Korrespondent des „Petit Parisien" stellt fest, daß von der angeblichen Abkühlung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Ungarn nicht die Rede sein könne. Als besonders wichtig hebt er hervor, daß Deutschland nicht Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Ungarn sei, so daß Ungarn nach dieser Richtung keine Schwenkung vollzogen habe.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris", Pertinax, glaubt mit Bedauern feststellen zu müssen, daß die italienisch-ungarischen Beziehungen bestehen bleiben, und man daher nicht sehe, wie Frankreich mit Italien zusammenkommen könnte. Wenn die Befriedigung, die der ungarische Ministerpräsident geäußert habe, begründet sei, dann drohe den italienisch-französischen Verhandlungen ein schlechter Ausgang.

Erneute Romreise Dr. Schuschniggs

Wien, 7. November. Wie verlautet, wird Bundeskanzler Dr. Schuschnigg zwischen dem 15. und 20. November nach Rom fahren.

Der Gesandte in Wien bei Miklas

Wien, 7. November. Der neuernannte polnische Gesandte in Wien, Jan Gawroński, wurde am Dienstag mittag vom Bundespräsidenten Miklas empfangen, dem er seine Beglaubigungspapiere überreichte. Dem Empfang wohnten der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg und Kanzleidirektor Klastersky bei.

von Ribbentrop in London

London 8. November. Der Beauftragte Adolf Hitlers für Abrüstungsfragen, von Ribbentrop, ist in London eingetroffen. Wie verlautet, handelt es sich um einen privaten Besuch v. Ribbentrops, der einen Teil seiner Ferien auf Einladung von Freunden in Schottland verbringen wird.

Wird Japan das Washingtoner Abkommen kündigen?

London, 7. November. Der „Times"-Vertreter in Tokio meldet: Die Polizei hat das Verbot der Veröffentlichung von Berichten über die am 31. Oktober unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltene Konferenz des Marschalls- und Admiralitätsrates aufgehoben. Es heißt, die Chefs der Admiralität und des Generalstabes sowie Fürst Nashimoto, die seit dem Tode des Admirals Togo die einzigen Mitglieder des Rates sind, hätten dem Kaiser erklärt, die Kündigung des Washingtoner Vertrages würde keine Gefahr für die nationale Verteidigung bedeuten. Ministerpräsident Admiral Okada soll dem Kaiser am Freitag mitgeteilt haben, das Kabinett pflichte dieser Auffassung bei. Infolgedessen sei für die Kündigung des Vertrages nur noch die Zustimmung des Geheimen Staatsrates und ein förmlicher Kabinettsbeschluß notwendig. **Die Kündigung wird am 20. Dezember erwartet.**

Britischer Kriegsflughafen im Kanal

London, 7. November. „Daily Herald" zufolge hat das britische Luftfahrtministerium beschlossen, auf einer nur spärlich bewohnten Insel bei Portsmouth mit einem Kostenaufwand von annähernd 1¼ Millionen Pfund Sterling einen neuen Flughafen zu errichten, der die Schlüsselstellung für die Verteidigungslinien Großbritanniens bilden soll. Es handelt sich um die Insel Torney bei Chichester. Vom strategischen Standpunkt aus ist die Insel, dem Blatte zufolge, ungeheuer wichtig. Sie deckt den gewaltigen Marinestützpunkt Portsmouth und beherrscht den Eingang des Solent, der Meerenge zwischen der englischen Südküste und der Insel Whigt. Bei der Durchführung des Planes wird die Insel zunächst einen Stützpunkt für Landflugzeuge bilden. Wahrscheinlich wird es sich um zwei bis drei Geschwader Kampfflugzeuge und ein Geschwader Bombenflugzeuge handeln. Diese Maschinen können ohne weiteres mit den größten Flugbooten zusammenarbeiten, die in dem 16 Kilometer entfernten Calshot stationiert sind.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts

Kairo, 6. November. Nachdem der König am Dienstag nachmittag das seit einigen Tagen erwartete Rücktrittsgesuch des Kabinetts Yehia Pascha genehmigt hat, beauftragte er den Ministerpräsidenten bis zur Neubildung des Kabinetts mit der Weiterführung der Geschäfte. Für das neue Kabinett werden besonders zwei Namen genannt: Tewfik Nessim Pascha und Ali Maher Pascha. Die Betrauung des ersteren würde einen Wechsel in der inneren Politik bedeuten, und zwar in der Richtung einer nationalen Sammlung. Bei einer Betrauung Ali Maher Paschas wäre mit einer Beibehaltung des bisherigen Kurses zu rechnen. In hiesigen politischen Kreisen besteht der Eindruck, daß Ali Maher Pascha England sehr genehm wäre.

Tewfik Nessim Pascha zum Ministerpräsidenten ernannt

Kairo, 7. November. Der Posten des Premierministers ist dem vormaligen Chef des königlichen Kabinetts Tewfik Nessim Pascha angeboten worden. Dieser hat sich seine Antwort vorbehalten. Seinen Posten als Kabinettschef hat er bis 1931 innegehabt.

Sitzung des Haushaltsausschusses

Am Mittwoch mittag fand eine Sitzung des Haushaltsausschusses des Sejm statt, auf der die Verteilung der Referate vorgenommen wurde. Zum Generalreferenten wurde der BB-Abgeordnete Miedziński gewählt. Die meisten Referenten der früheren Jahre behielten die Referate auch in diesem Jahre bei. Eine Aenderung trat nur beim Heeresministerium und beim Ministerratspräsidium ein. Zum Referenten für das Heeresministerium wurde Abgeordneter Duch und für das Ministerratspräsidium Abgeordneter Tebinka gewählt. Das Referat des Post- und Telegraphenministeriums übernahm Abgeordneter Dobrzański, das Referat über das Landwirtschaftsministerium Abgeordneter Karwacki.

Die nächste Sitzung des Budgetausschusses findet am 11. Dezember statt. Auch der Haushaltsausschuß des Senats nahm die Verteilung der Referate vor. Zum Generalreferenten wurde Senator Szarski gewählt.

Die Propagandakosten für die Nationalanleihe

Der Nationale Klub brachte in der Dienstag-Sitzung des Sejm einen Antrag ein, der sich mit der Frage befaßt, wieviel die Propagandaaktion für die Nationalanleihe gekostet hat. Der Antrag erwähnt, daß im Sinne des Artikels 12 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 5. September 1931 über die Auflegung einer Innenanleihe der Finanzminister bevollmächtigt worden ist, aus den Eingängen dieser Anleihe die Kosten zu decken, die mit der Emission der Anleihe zusammenhängen. Der Termin für die Einzahlung der Raten der Anleihe ist bereits abgelaufen, die allgemeinen Summen und die Zahlen über die Beteiligung der einzelnen Bevölkerungsschichten an der Anleihe sind veröffentlicht worden. Bekannt ist auch, daß die Eingänge aus der Anleihe zur Deckung der Budgetdefizite in den Jahren 1933/34 und 1934/35 verwendet worden sind. Unbekannt ist dagegen noch die Höhe der Kosten für Emission und Propaganda.

Der Antrag erklärt ferner, die öffentliche Meinung sei über die Zuerkennung hoher Geldentschädigungen an solche Personen erstaunt, die an der Organisierung und Propagierung der Anleihe tätigen Anteil genommen hätten. Verschiedenen Finanzbeamten, darunter auch höheren Beamten des Finanzministeriums, seien Vergütungen zuerkannt worden, die die Summen erheblich übersteigen, die sie für die Anleihe gezeichnet haben. Der Sejm als Kontrollinstanz müsse über die Kosten der Anleiheemission informiert sein. Die Regierung wird aufgefordert, dem Sejm einen Bericht darüber vorzulegen, wie der Finanzminister den Artikel 12 über die Anleiheemission ausgeführt habe, unter besonderer Anführung der Summen, die für Geldvergütungen verwendet worden sind.

Der autoritäre Staat

Und das souveräne Volk

Warschau, 8. November. (Pat.) Am Mittwoch mittag um 1 Uhr erschien im Sejmgebäude der Direktor des Rechtsbüros des Ministerratspräsidiums Paczoski, der dem Sejmmarschall die Verordnung des Staatspräsidenten über die Vertagung der Sejmsession überreichte. Eine ähnliche Verordnung übergab sodann Paczoski dem Senatsmarschall.

Auf Grund dieser Verordnungen wurde die Parlamentssession um 30 Tage vertagt.

Miedziński über Bereza Kartuska

Antwort an die Endecja

Zu der Dienstag-Sitzung des Sejm berichtet die Polnische Telegraphen-Agentur noch über eine Rede des BB.-Abgeordneten Miedziński, des ehemaligen Ministers und jetzigen Hauptschriftleiters der „Gazeta Polska". Dieser erklärte hinsichtlich des Internierungslagers in Bereza Kartuska, er besitze Unterlagen dafür, daß die in Bereza Isolierten Veröffentlichungen herausgeben würden, aus denen man werde erfahren können, ob sie tatsächlich nur wegen nationaler Ideen oder wegen konkreterer Angelegenheiten isoliert worden seien.

Redner zitierte dann einen Absatz aus der „Sztafeta" über Bereza Kartuska, in dem u. a. gesagt sei, daß die gegenwärtige Regierung keine polnische Regierung, sondern eine Regierung von Verrätern sei, die an Juden und Fremde verkauft sei, daß die Sanacja Zaćwilichowski ermordet, Boerner vergiftet, Pieracki ermordet habe usw. Ferner wurde ein Verzeichnis von Juden veröffentlicht, die in Polen regierten.

Raczyński beim englischen König

London, 7. November. Am Dienstag vormittag wurde der neue polnische Botschafter in London, Graf Raczyński, vom englischen König in Audienz empfangen. Der Botschafter wurde in Begleitung von Mitgliedern der polnischen Botschaft in die Räume des Königs geführt, wo ihn Außenminister Simon und Hofbeamte erwarteten. Nach der Begrüßung betrat Raczyński das Audienzzimmer des Königs. Dieser begrüßte ihn sehr herzlich und nahm von ihm die Beglaubigungspapiere des polnischen Staatspräsidenten entgegen. Nach einem kurzen Gespräch stellte Raczyński die ihn begleitenden Mitglieder der Botschaft dem König vor.

Rede des Vorsitzenden des Deutschen Parlamentarischen Klubs

Abgeordneter Franz zur ersten Lesung des Haushaltsvoranschlages, gehalten am 6. November 1934

Hohes Haus!

Schon seit Jahren wird der Sejm nur einmal im Jahr zu einer Session, und zwar gegen Ende des Jahres einberufen. Seine Einberufung erfolgt hauptsächlichst zur Beratung des ihm von der Regierung vorgelegten Haushaltsvoranschlages. Mit der Annahme des Haushaltsvoranschlages ist dann seine Tätigkeit auch erledigt; die Regierung macht von ihm keinen weiteren Gebrauch mehr. So haben die Abgeordneten auch nur einmal im Jahre die Gelegenheit, ihre im Laufe des Jahres angehäuften Klagen, Sorgen und Wünsche offen vorzubringen. Dieser Zustand ist nicht erfreulich und bringt nach zwei Seiten Verstimmung. Einerseits bei den Regierungsbehörden, die sich die inzwischen zu einem Berg angesammelten Klagen und Beschwerden nun einmal anhören müssen, und anderseits bei denjenigen Menschen, die wir hier zu vertreten haben. Freilich ist es uns nicht verboten, außerhalb der Rednertribüne des Sejm bei den in Frage kommenden Stellen vorzusprechen, was wohl auch reichlich geschehen ist. Es ist und bleibt aber ein gewaltiger Unterschied, ob wir unsere Anliegen angesichts dieses hohen Hauses oder nur unter 4 Augen dem einen oder anderen der Herren Minister vorbringen. Von diesen Interventionen erfahren dann meistens auch nur diejenigen etwas, in derem Interesse sie erfolgt ist.

So haben wir noch dem verstorbenen Herrn Innenminister Pieracki — dessen Tod wir auf das tiefste bedauern — und ich brauche wohl nicht erst zu betonen, daß wir das an ihm verübte ruchlose Verbrechen auf das entschiedenste verurteilen — durch den Vorsitzenden des Deutschen Zentralausschusses, den früheren Sen. Hasbach, eine große Eingabe überreicht. Sein aufrichtiges und grades Wesen ließ uns hoffen, daß unsere ihm in der Eingabe vorgebrachten Klagen und Wünsche ein williges Ohr finden werden. Auch von dem jetzigen Innenminister erhoffen wir eine wohlwollende Prüfung dieser Eingabe. Außer dieser Eingabe haben sich die deutschen Abgeordneten in besonderen Fällen an den Herrn Finanzminister, an den Herrn Innenminister, an den Herrn Arbeitsminister und den Herrn Ministerpräsidenten gewandt, ohne jedoch eine Antwort bisher erhalten zu haben. Diese Eingaben behandelten:

das Verhältnis der Verwaltungsbehörden zu den zur deutschen Minderheit zählenden Staatsbürgern,

die ungerechte Behandlung der Deutschen in Polen bezüglich ihrer Ansiedlung,

die Erhaltung des Besitzes der Deutschen und die Untergrabung ihrer Existenz,

die Schädigung der deutschen Interessen in den öffentlichen Selbstverwaltungsorganen,

die Massenentlassungen deutscher Arbeiter und Angestellten, die Paßfrage und Grenzübertrittsscheine,

die Schulangelegenheiten u. a.

Zur Innenpolitik möchte ich kurz sagen:

Das Wohl des Staates hängt von den Formen staatlicher, gesellschaftlicher und sozialer Gestaltung ab. Wir sind nicht der Ansicht, daß diese Formen in Polen zur Zufriedenheit der Staatsbürger bereits gefunden worden sind. Wir wünschen, daß die Regierung diese Formen, die einerseits der Selbsterhaltung des Staates, anderseits aber auch dem Mitbestimmungsrecht seiner Bürger gerecht werden, bald finden möge. Hierzu gehört insbesondere die zwingende Lösung des Arbeitslosenproblems. Wir halten diese Frage für eine der wichtigsten, besonders für das schlesische Industriegebiet, und stellen sie deshalb in den Vordergrund. Es kann wohl heute als erwiesen angesehen werden, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen nicht hinreichend sind. Ich bin überzeugt davon, daß die Arbeitslosigkeit eine der größten Sorgen auch der Regierung ist. Wir sind aber auch überzeugt davon, daß das Arbeitslosenproblem nicht ohne Opfer aller noch in einem erträglichen Verdienstverhältnis Stehenden, insbesondere aber nicht ohne Opfer der sogenannten „besitzenden" Klasse möglich sein wird. Wir erwarten von der Regierung daher neue Maßnahmen, erwarten aber auch, daß diese allen Arbeitslosen, ohne Unterschied der Nationalität, zu Hilfe kommen. Der Deutsche Parlamentarische Klub erklärt sich schon heute bereit, alle Maßnahmen der Regierung zu unterstützen, die geeignet sind, in gerechter Weise das Arbeitslosenproblem im Lande wirklich zu lösen.

Wiederholt ist in diesem hohen Hause auf das immer noch bestehende ungerechte und ungesunde Steuersystem hingewiesen worden. Der Herr Ministerpräsident hat zwar in seiner Rundfunkrede verschiedene Steuerreformen angekündigt. Wir begreifen aber nicht, warum die Regierung immer noch zögert, eine grundsätzliche Aenderung des gesamten Steuersystems durchzuführen. Wir wollen an dem heutigen Steuersystem nicht Kritik üben der Kritik wegen. Wir bringen aber unsere Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine grundsätzliche Aenderung des gesamten Steuersystems mit dem Endziel gerechter Verteilung der Steuerlasten, durchzuführen ist, wenn die Regierung es nur wollte. Hiermit dürfte letzten Endes auch unserer erkrankten Wirtschaft nur gedient werden. Auch in dieser Hinsicht sind wir bereit, die Regierung zu unterstützen.

Es wäre eine Unterlassungssünde von mir, wollte ich bei dieser Gelegenheit nicht eine Angelegenheit erwähnen, von der die Regierung Kenntnis erhalten muß. Ich halte mich zur Vorbringung dieser Angelegenheit als Abgeordneter verpflichtet. In Oberschlesien bilden Zustände im Finanzamt in Pleß das Tagesgespräch. Ich bitte den Herrn Finanzminister, im Interesse des Staates diesen Dingen einmal nachgehen zu wollen.

Der bei dem Finanzamt in Pleß als Sequester angestellt gewesene Tomasz Famula, jetzt wohnhaft in Siemianowice, beschuldigt die in diesem Finanzamt tätigen Beamten, Ref. Borowski und Assessor Stieber, gröbster Verfehlungen. Er behauptet öffentlich, daß ihm wiederholt von diesen Beamten Steuerbeträge zum Einzug von Personen aufgegeben wurden, von denen sie genau wußten, daß sie ihre Steuern bereits voll bezahlt haben. Ferner habe man im Finanzamt Pleß Personen zu Steuern veranlagt, von denen man ebenso genau wußte, daß sie seit mehreren Jahren sich nicht mehr unter den Lebenden befinden und obwohl die Witwen dieser Verstorbenen für dieselbe Zeit auch noch zu Steuern veranlagt worden sind. Er beschuldigt den Ref. Borowski wiederholter schwerer Verfehlungen bei Versteigerung von Gegenständen, die für Steuerrückstände gepfändet wurden. So mußte Famula z. B. bei einem Steuerschuldner eine Schreibmaschine pfänden, die mit 80 Zloty abgeschätzt wurde. Famula machte Borowski darauf aufmerksam, daß die Maschine mindestens noch 150 bis 200 Zloty wert sei und sonach viel zu niedrig abgeschätzt ist. Daraufhin interessierte sich Borowski für diese Schreibmaschine und entsandte noch einen anderen Beamten als Bieter zu der Versteigerung. Da nur dieser eine Bieter zur angesetzten Stunde erschienen war, wollte Famula zunächst mit der Versteigerung nicht beginnen. Borowski zwang jedoch Famula, mit der Versteigerung zu beginnen, bevor noch andere Interessenten erschienen waren. Der von Borowski entsandte Beamte erwarb auch sonach die Schreibmaschine. Famula hat nach dieser Versteigerung das Verhalten Borowskis und noch andere Vorkommnisse im Finanzamt Pleß bemängelt, worauf er nach kurzer Zeit die Kündigung erhielt.

Den Assessor Stieber vom Finanzamt Pleß beschuldigt Famula folgender Verfehlungen: Als Mitglied der Einschätzungskommission soll Stieber dafür gesorgt haben, daß eine große Anzahl Firmen zu einem weit niedrigeren Umsatz und Einkommen eingeschätzt wurden, als sie in Wirklichkeit einzuschätzen waren. So soll u. a. eine Firma, deren Einkommen in einem Jahre 300 000 Zloty betragen haben soll, auf Veranlassung Stiebers zu einem Steuereinkommen von nur 40 000 Zloty eingeschätzt worden sein.

Auch Stieber soll Versteigerungen durchgeführt haben, die ohne öffentliche Bekanntmachung erfolgten und zu welchen als Bieter bzw. Käufer nur von ihm entsandte Personen erschienen waren.

In einem anderen Falle soll Stieber ein Interesse an einem bestimmten Radioapparat gehabt haben. Stieber wollte den Apparat kaufen. Der Geschäftsinhaber machte Stieber aber darauf aufmerksam, daß der Apparat nicht verkauft werden könnte, weil er bereits gepfändet sei. Hierauf soll Stieber die Pfändungsmarke heruntergerissen und den Radioapparat dennoch gekauft haben.

Famula behauptet, bereits vor 10 Monaten bei der Staatsanwaltschaft Anzeige und bei behördlichen Stellen wiederholt Meldung über diese Vorgänge im Finanzamt in Pleß erstattet zu haben, aber ohne jeden Erfolg. Ob die Behauptungen Famulas auf Tatsachen beruhen, weiß ich nicht. Ich möchte es nicht glauben. Aber, entweder sind seine Behauptungen wahr, und dann hätten die beiden beschuldigten Finanzbeamten schon längst zur Verantwortung gezogen werden müssen, oder sie sind nicht wahr, und dann mußte Famula im Interesse des Ansehens der Staatsbeamten schon lange die strafende Hand getroffen haben. Wie gesagt, halte ich es für meine Pflicht, den Herrn Finanzminister auf diese Dinge aufmerksam zu machen.

Die Währungspolitik der Regierung findet unsere volle Anerkennung. Wenn der Sturz der Währung solch auf dem Weltmarkt bedeutender Staaten wie Amerika und England unsere eigene Währung nicht erschüttern konnte, so ist dies tatsächlich nur den geschickten Maßnahmen zu verdanken, die seitens der Regierung in dieser Hinsicht getroffen wurden. Wir hoffen zuversichtlich, daß bei einer etwa erneuten Bedrohung der polnischen Währung die Regierung alles tun wird, um ein Absinken dieser von vornherein zu unterbinden.

Die Reform der Sozialversicherung macht der Regierung einige Sorgen. Die Verordnung über die viel umstrittene Abänderung des Gesetzes zur Sozialversicherung ist nun veröffentlicht worden. Wir können zu dieser Abänderung im Augenblick noch keine Stellung nehmen, weil wir uns mit dem neuen Gesetz erst eingehend vertraut machen müssen. Der Deutsche Parlamentarische Klub erklärt aber schon heute, daß er einer Abänderung im für die Sozialversicherten ungünstigen Sinne niemals seine Zustimmung geben wird. Wir wollen nicht behaupten, daß das Sozialversicherungsgesetz vom 28. März 1933 ideal ist. Es ist abänderungsbedürftig. Schon allein deswegen — und hier komme ich vielleicht mit einem neuen Gedanken — weil sein System der Auferlegung der Versicherungsbeiträge auf die verschiedenen Arbeitgeber eine ungleiche Belastung dieser bedeutet. Sein Beitragssystem entspricht nicht mehr der Zeit. Jetzt ist es doch so, je mehr ein Arbeitgeber Arbeitnehmer beschäftigt, desto größer seine Lasten im Gegensatz zu dem Arbeitgeber, der an die Stelle der menschlichen Arbeitskraft die Maschine stellt, für die keine sozialen Lasten zu tragen sind. Das gegenwärtige Beitragssystem nimmt keine Rücksicht darauf, ob der überwiegend oder nur mit der Maschine schaffende Unternehmer etwa einen größeren Gewinn erzielt als der andere. Man könnte beinahe sagen, daß das jetzige Beitragssystem die Verdrängung des Menschen durch die Maschine belohnt. Es wäre meiner Ansicht nach richtiger, weil gerechter, wenn die sozialen Lasten nicht allein von der Anzahl der Arbeitnehmer und ihrem Lohn, sondern je nachdem auch vom Umsatz oder Gewinn abhängig wären. Das Beitragssystem zur Sozialversicherung muß, wenn es gerecht sein soll, nunmehr auch diejenigen Betriebe erfassen, die infolge ihrer Umstellung auf den maschinellen Betrieb ganz oder teilweise von der menschlichen Arbeitskraft keinen Gebrauch machen und demnach zu Beiträgen nicht herangezogen werden. Dadurch könnte eine Entlastung der sogenannten unmodernen Betriebe und der Versicherten selbst eintreten.

Polen ist kein Industrie-, sondern ein Agrarstaat. Die größte Zahl seiner Bevölkerung gehört dem Bauernstande an. Diesem Stande geht es bei uns heute nicht viel besser als den Arbeitslosen. Nicht zuletzt hängt das Wohl des polnischen Staates auch von dem Wohle seines Bauernstandes ab. Wir wundern uns daher, daß die Regierung diesem Zustande immer noch so wenig Rechnung trägt und dem Bauernstande so wenig zu Hilfe kommt. Man darf doch nicht übersehen, daß auch in Polen wie in allen anderen Agrarstaaten gerade der Bauer Träger der Wirtschaft ist. Gerade deshalb müßte die Regierung alles tun, um den polnischen Bauernstand zu heben.

Nicht unerwähnt möchte ich die Wirtschaftskrise lassen. Wir sehen in der Senkung der Kohlenpreise den ersten Schritt zur Besserung. Aber nur den ersten Schritt. Viele Schritte werden noch notwendig sein, um der Wirtschaftskrise wenigstens einigermaßen zu begegnen. An die Senkung der Kohlenpreise dürfte sich wohl bald oder später auch eine Preissenkung aller übrigen Industrieerzeugnisse anschließen und damit eine Belebung der Wirtschaft eintreten. Voraussetzung dafür ist jedoch weiter, daß auch das Geld billiger wird. Heute kostet das Geld immer noch durchschnittlich 9 bis 10 und mehr Prozent Zinsen. Wenn es der Regierung nicht in absehbarer Zeit gelingen sollte, die hohen Kreditzinsen, die auch die bestgeleitete Wirtschaft ruinieren, abzuschaffen — und sei es mit Zwangsmaßnahmen — dann werden alle Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft und damit zur Beseitigung der Wirtschaftskrise ein Stückwerk bleiben.

Die Verständigung zwischen Polen und Deutschland hat unter den Deutschen in Polen größte Befriedigung ausgelöst. Wir begrüßen die Verständigungspolitik eben deshalb, weil es sich um unser Muttervolk handelt. Wir hoffen aufrichtig, daß die von Marschall Pilsudski und

Die Kleiderwoche gibt dir Gelegenheit, deine notleidenden Brüder in der Gesamtheit mit Kleidung zu versorgen. Jeder, der diese Gelegenheit versäumt, fällt dem großen Werk der Nothilfe in den Rücken.

Spendet Kleidungsstücke!

Schiller auf der Bühne von heute

> Wisse, ein erhabener Sinn
> Legt das Große in das Leben,
> Und er sucht es nicht darin.
>
> (Aus Schillers „Die Huldigung der Künste")

Es gibt in der Geschichte des Theaters jene geheimnisvollen Fernwirkungen, durch die ein Genius über die Zeiten hinweg bestimmend eingreift. Der Eintritt Shakespeares in das künstlerische Bewußtsein der deutschen Nation im achtzehnten Jahrhundert ist dafür das größte und unvergleichliche Beispiel. An dem Erlebnis der Shakespeareschen Welt erneuerte sich das deutsche Theater und fand zu sich selbst.

In verschiedener Stufung sind ähnliche Erscheinungen im Verlauf der Theatergeschichte immer wieder festzustellen. Heute scheint es, als gehe eine solche verstärkte Fernwirkung von Schiller aus. Seine Dramen, längst unverlierbarer Besitz der ganzen deutschen Nation, sind immer gespielt und verstanden worden. Aber vielleicht war die Stunde nie so günstig wie heute, um die Ganzheit der geistigen Erscheinung Schillers im Theater durchzusetzen. Die Feststellung, daß für Schiller wie selten zuvor der Boden bereitet ist, ist eines der Hauptergebnisse der ersten Spielmonate dieses Theaterjahres. Ueberall sind Aufführungen der „Räuber", des „Tell" und des „Don Carlos" große mitreißende Erfolge. So trifft die Feier von Schillers 175. Geburtstag am 10. November zusammen mit einem Anwachsen seines Einflusses auf die Willensrichtung des deutschen Theaters.

Ein Bekenntnis zu Schiller, heute abgelegt, umschließt ebenso Bereitschaft zum Empfangen wie zu neuem Einsatz. Wenn wir der Ursache der tiefen Aufgeschlossenheit für das Werk und Wort Schillers nachgehen, so stoßen wir auf das Verlangen des deutschen Menschen, das Große anzuschauen, ungebrochen und unangetastet. Von der richtungslosen psychologischen Zerfaserung hat sich eine weitreichende Abkehr vollzogen; das tiefere Interesse wendet sich bedeutenderen Gegenständen zu und richtet sich auf Geschehnisse, in denen der Mensch, unter höhere Gesetze gestellt, handelt und zur Erfüllung seiner selbst gelangt. Diese neuen Antriebe weisen besonders stark auf Schiller hin. Es kommt hinzu der verstärkte Sinn für das Historisch-Politische, der unsere Zeit beherrscht; auch er findet im Erlebnis der Welt Schillers Erfüllung. Schillers Drama ist politisch, ist es in dem umfassendsten Sinn, den man sich denken kann. Schiller, für den die Beobachtung des menschlichen Geistes und seiner Offenbarungen in Geschichte und Philosophie im Mittelpunkt allen Denkens stand, nahm in sein Drama die menschlichen Ordnungen der Welt auf, die Mächte, aus deren Widerspiel sie hervorgehen. Der Staatsgedanke war für ihn Hauptelement der dramatischen Wirklichkeit, innerhalb dessen er den Menschen handeln und sich entscheiden ließ. Dabei galt ihm nicht diese oder jene konkrete politische Wirklichkeit der Gegenwart oder Vergangenheit als Ausgangspunkt. Jenseits aller naturalistischen Tendenzen der Geschichte versuchte er Spiel und Widerspiel in ihr zu umgreifen. Zwar deutete er die Geschichte, aber er tat es von der höchsten menschlichen Warte aus. Welche tiefe Achtung er als Dramatiker vor den Tatsachen der Geschichte besaß, geht hervor aus seinem Aufsatz über Goethes „Egmont", in dem er Goethe alle Abweichungen von der historischen Wahrheit, die seiner Meinung nach ohne Not vorgenommen waren, vorrechnet.

Schillers Deutung der Geschichte setzt auf einer hohen Ebene ein. Ueber die in ihr widerstreitenden Kräfte läßt er die moralische Größe, das moralische Gesetz triumphieren. So legt er, indem er immer wieder die edlen Kräfte im Menschen anruft, das Große in Leben und Geschichte hinein und sucht es darin. Er umspannt die weiten Räume der Geschichte ebenso wie die inneren Bezirke edler Menschlichkeit. „Schiller hat mich zu einem besseren, freieren Menschen gemacht," bekannte der jüngere Voß von seinem persönlichen Verkehr mit dem Dichter, und viele ähnliche Zeugnisse aus den letzten Lebensjahren Schillers gibt es. Von dieser erhebenden Kraft eines heroischen Menschenherzens, das selbst an der Welt litt und dennoch nicht nur nicht verzweifelte, sondern den Weg zu einer höheren Freiheit fand und anderen wies, verspüren wir uns heute mit stärkerer Gewalt denn je erfaßt. Von ihr geht der starke innere Anruf aus, den der Theaterbesucher heute von der Bühne erwartet. Darum tritt notwendig Schiller in den Spielplänen gegenwärtig immer stärker in den Vordergrund.

Für das Theater ergeben sich daraus Anstöße, bei sich manches zu überprüfen. Schiller setzt den Mut zum Theatralischen voraus, die Entschlossenheit zur großen, ungebrochenen Bewegung und Sprechweise. Andererseits ist uns heute nichts unleidlicher als verdicktes Pathos und ausgehöhlte Bewegung. Die stählernen Bogen zu bauen, auf denen der Geist dieser Dichtungen voll und feurig aufschwingen kann, ohne daß jene Gefahren gestreift werden, ist wichtigste Aufgabe der Schiller-Regie. Sie kann allein nur aus dem Wort heraus gelöst werden.

Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage der Schiller-Bearbeitungen. Die Bühne einer jeden Zeit ist an bestimmte dramaturgische Voraussetzungen gebunden; immer von neuem muß die Uebereinstimmung zwischen der Dichtung und den Realitäten der Bühne, der Beschaffenheit der Darsteller und des Publikums sowohl wie auch der allgemeinen Willensrichtung der Zeit hergestellt werden. Schiller selbst hat über Bühnenbearbeitungen sehr freizügig gedacht; es gibt von ihm unter anderem eine recht drastische Bearbeitung des „Egmont". In der Frage der Schiller-Bearbeitungen engherzig zu sein, besteht also kein Grund. Wenn aber übereifrige Regisseure glauben, den „Tell" dadurch zeitnah machen zu müssen, daß sie ihn mit textlichen Einfügungen und einer entsprechenden Schlußpatheose versehen, so ist zweifellos ein Irrweg beschritten. Schiller ist uns im Geist heute so nah, daß derartige Experimente nicht nur überflüssig, sondern verfehlt sind. Im Gegenteil sollte das Theater gerade durch das tiefere Eindringen in sein Werk zu einer neuen Verantwortung auch gegen die Form gelangen.

Carl Dietrich Carls.

Reichskanzler Adolf Hitler so entschlußkräftig begonnene Linie in klarer weiterer Entwicklung zu ständigen herzlichen Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Nation führen mögen. Soweit wir dazu beitragen können, werden wir alles tun, um dieses Ziel zu fördern, das in hohem Maße geeignet ist, den Frieden Europas zu sichern. Es ist ein Beweis für die Verwirrung, die in Europa herrscht, daß Frankreich diese Politik mit Mißtrauen verfolgt. Die Republik Polen hat das Recht und die Pflicht, alles zu unternehmen, was seinem eigenen Wohle und dem Frieden dient. Je klarer diese Linie der polnischen Politik hervortritt, um so stärker wird die Stellung Polens sein.

Wir hätten gewünscht, daß Polen sich den Mächten angeschlossen, ja sie geführt hätte, die die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund abgelehnt haben. Wir halten die Gründe, die der Sprecher der Schweiz gegen die Aufnahme Rußlands vorgebracht hat, für zwingend. Wir haben aber keinen Zweifel daran, daß die Regierung auch in Zukunft alles tun wird, um den staatszerstörenden Einfluß des Bolschewismus zu bekämpfen.

Lassen Sie mich noch einiges zur Minderheitenfrage sagen. Wir wollen heute nicht Beschwerden vorbringen und nicht ins einzelne gehen, sondern uns beschränken festzustellen, daß noch recht viel zu lösen ist. Herr Minister Beck hat am 13. September in Genf erklärt, daß Polen sich jeder Zusammenarbeit mit den internationalen Instanzen versage, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt. Wir gehen nicht auf eine Untersuchung der rechtlichen Frage ein, ob und inwieweit diese einseitige Absage an den Minderheitenschutzvertrag möglich ist. Jedoch der Herr Außenminister hat gleichzeitig erklärt, daß der Beschluß der polnischen Regierung keineswegs gegen die Interessen der Minderheiten gerichtet sei. Diese Interessen seien und blieben geschützt durch die Grundgesetze des Staates.

Wir haben immer anerkannt, daß die Staatsverfassung in den Artikeln 109 und 110 beispielhafte Lösungen der Minderheitenfrage verzeichnet. Es fehlen aber die Ausführungsgesetze und es fehlt vor allem der Geist, die ideologischen Zusicherungen der Verfassung in die Tat umzusetzen. Wir hoffen, daß dieser Geist lebendig werde. Denn besser als jeder internationale Vertrag ist die innerstaatliche Lösung des Problems. Möge der Herr Außenminister und die Regierung die innerstaatliche Lösung des Minderheitenproblems mit der gleichen Tatkraft verfolgen wie unsere Außenpolitik. Der Staat, der dieses Problem als erster löst, wird bahnbrechend wirken und nach innen und außen eine unerschütterliche Stellung erhalten.

Wir wollen die heutige Aussprache nicht in die Länge ziehen und beschränken uns deshalb auf diese Ausführungen. Bei den kommenden Beratungen in der Budgetkommission werden wir noch Gelegenheit haben, zu dem heute dem hohen Hause vorgelegten Haushaltsvoranschlag eingehend Stellung zu nehmen und noch manche Dinge vorzutragen, die wir eigentlich schon heute hätten vorbringen sollen.

Der Waffenring zum Austritt der Burschenschaften

Das „Deutsche Nachrichtenbüro" meldet:

Der bekannte, von der überwiegenden Mehrzahl der studentischen Verbände zurückgewiesene Erlaß des Reichsführers der Deutschen Studentenschaft (DSt.) vom 20. September d. Js. über **Kameradschaftserziehung** der Studierenden ist kurz nach seiner Bekanntgabe infolge der Mißbilligung seitens des Führers und Reichskanzlers materiell und kurz darauf durch die Richtlinien des Reichserziehungsministers vom 26. Oktober über die künftige freiwillige Kameradschaftserziehung auch formell gefallen, so daß von seiner **Durchführung nicht die Rede sein kann.** Bestimmungen über die Art der künftigen Kameradschaftserziehung stehen in Aussicht.

Mit der Frage der Kameradschaftserziehung hat sich der Allgemeine Deutsche Waffenring (ADW) als solcher überhaupt nicht befaßt, da sie nach seiner Auffassung weder von ihm und seinen Verbänden, noch von der DSt, sondern allein von der NSDAP, d. h. dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) im Einvernehmen mit dem Reichserziehungsminister zu regeln ist. Es ist daher völlig unverständlich, warum die **Deutsche Burschenschaft** in ihrer in voriger Woche bekanntgegebenen Erklärung des Austritts aus dem ADW zu dessen Begründung die Frage der Kameradschaftserziehung heranzuziehen glaubt.

Auch die weitere von ihr gegebene Begründung, die den Anschein erweckt, als ob es in den ADW-Verbänden von Judenstämmlingen, jüdisch Versippten und Freimaurern wimmle, ist keineswegs stichhaltig. Denn jüdisch Versippte und Freimaurer dürfen sich in den dem ADW angehörenden Verbänden überhaupt nicht mehr befinden, und soweit diese Bereinigung etwa noch nicht restlos vollzogen ist, trifft dies in der Deutschen Burschenschaft ebenso zu wie in anderen Verbänden. Soweit aber in den Alten-Herrenschaften nicht rein arische Mitglieder, im besonderen als frühere Kriegsteilnehmer, unter fest umrissenen Voraussetzungen ausnahmsweise verbleiben dürften, beruht diese für die Vergangenheit und eine gewisse Uebergangszeit gemachte Ausnahme nicht auf mangelndes nationalsozialistisches Empfinden der ADW-Führung, sondern auf staatspolitischen Erwägungen, die die Billigung des Führers und Reichskanzlers gefunden hatten, so daß ihre Durchführung — auch im nationalsozialistischen Staate — dem ADW Pflicht war. Die Zahl der auf Grund dieser Ausnahmevorschrift in den ADW-Verbänden verbliebenen Alten Herren nicht rein arischer Abstammung ist prozentual und tatsächlich verschwindend gering.

Außer der Deutschen Burschenschaft haben nachstehende Verbände ebenfalls ihren Austritt aus dem ADW erklärt: Der VC der Turnerschaften, die Deutsche Sängerschaft, die Deutsche Wehrschaft und das Naumburger Thing.

Weil nach dem von Führer und Reichskanzler gebilligten Bundesgesetz des ADW und infolge der Verankerung des ADW in der Verfassung der DSt ein Austritt aus dem ADW überhaupt nicht möglich ist, hat der Führer des ADW im Einvernehmen mit allen im ADW zusammengeschlossenen studentischen Verbänden festgestellt, daß die Führungen der aufgezählten Verbände sich außerhalb des Bundesgesetzes des ADW gestellt und ihre Verbände daher die Eigenschaft als Waffenstudentische Verbände im Sinne des ADW verloren haben, mit Ausnahme der Einzelkorporationen, die trotz des Schrittes ihrer Führung dem ADW gegenüber ein Treuegelöbnis abgelegt haben. Die genannten Verbände stehen daher außerhalb des waffenstudentischen Kreises, der mit ehrlichem Willen bestrebt war, alle waffenstudentischen Korporationen auf einer einheitlichen Linie zu wertvollen Erziehungsstätten im nationalsozialistischen Sinne zu gestalten.

Der Obmann des Verbändebeirats, Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Dr. **Lammers** hat sich dieser Verlautbarung angeschlossen.

Forster vor polnischen Journalisten

Der Verband der Danziger Presse hatte am Montag abend die Vertreter der polnischen Presse in Danzig zu einem Empfang geladen, an dem **Gauleiter Forster**, als Vertreter der Danziger Regierung Senator Batzer, der Deutsche Generalkonsul von Radowitz, der Danziger Völkerbundskommissar Lester, der diplomatische Vertreter der Republik Polen, Minister Papee, sowie der Präsident des Danziger Hafenausschusses, Neederbragt, teilnahmen. Der Vorsitzende des Verbandes der Danziger Presse, Zarske, begrüßte die Gäste und wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Presse Danzigs und der polnischen Presse sich seit der Uebernahme der Macht durch die NSDAP besonders eng gestaltet habe. Der Präsident der polnischen Pressevereinigung in Danzig, Bienkowski, dankte für die Einladung und betonte, daß er die persönliche Fühlung zwischen deutschen und polnischen Journalisten für unbedingt notwendig halte.

Dann ergriff Gauleiter Forster das Wort. Er erklärte, daß die NSDAP in Danzig von der Wichtigkeit der Presse überzeugt sei und auch jeder sachlichen Kritik in der Presse Raum gewähren wolle. Insbesondere betonte Gauleiter Forster, daß die NSDAP in Danzig in Uebereinstimmung mit der Politik des Führers ihre Bereitschaft zur Verständigung mit Polen bewiesen habe. Gerade das Danziger Gebiet brauche den Frieden. Die Danziger NSDAP werde alles tun, um für die Gegenwart und für die Zukunft in Danzig eine glückliche Zusammenarbeit zwischen zwei Völkern zu erzielen, die heute und in Zukunft miteinander leben müßten.

Zum ersten Male seit Bestehen der Freien Stadt Danzig ergriff dann der Völkerbundskommissar das Wort. Er erklärte, daß er selbst lange Jahre hindurch als Journalist tätig gewesen sei. Er dankte dem Verband der Danziger Presse für den Empfang und betonte, daß gerade unter den besonderen Schwierigkeiten der Lage Danzigs die Journalisten die beste Hilfe für die Verständigung der beiden großen Nationen im Osten leisten können.

Der Abend verlief in angeregtem Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der deutschen Danziger Presse und den polnischen Pressevertretern in Danzig.

Ritter mit geschlossenem Visier ...

Ein deutscher Offizier starb im Tower von London

Am 6. November 1914 wurde im Tower zu London der deutsche Oberleutnant zur See **Karl Hans Lody** erschossen. Zu seinem 20. Todestag hat ihm die Stadt Lübeck ein Denkmal errichtet; es stellt einen Ritter mit geschlossenem Visier und gefesselten Händen dar.

Karl Hans Lody — nicht vielen Deutschen ist der Name und das heldenhafte Sterben des deutschen Kämpfers bekannt. Eine schlichte Notiz am 22. November 1914 in den Zeitungen: „Der Kaiserliche Oberleutnant zur See Karl Hans Lody starb in England den Heldentod für sein Vaterland." Hunderttausende gaben ihr Leben, tränkten den Boden rund um Deutschland mit ihrem Blut, ihre Leiber türmten sich zu einem schrecklichen Wall — da ist es verständlich, daß der Eine vergessen wurde, der einsam, ohne die Nähe mitkämpfender Kameraden, in Feindesland unter den Kugeln fiel. Erst im Jahre 1933, am Volkstrauertag, erinnerte sich eine deutsche Regierung wieder an den Kämpfer, der in den ersten Kriegsmonaten Großes für sein Vaterland leistete.

Lody, in seinem Friedensberuf Kapitän eines Hapagdampfers, war bei Ausbruch des Krieges nicht kriegsverwendungsfähig, doch er meldete sich freiwillig zu einem schwereren Dienst. Als Kundschafter wollte er nach England gehen, seine auf vielen Auslandsreisen erworbenen Kenntnisse der englischen Sprache und Sitten für das Vaterland nutzbar machen.

Auf einem neutralen Dampfer traf der amerikanische „Tourist Charles A. Inglis" in England ein, und obwohl ausländische Touristen naturgemäß mit größtem Mißtrauen überwacht wurden, faßte zunächst niemand Verdacht gegen den sicher und selbstbewußt auftretenden Amerikaner. Die deutsche Heeresleitung erhielt bald die ersten Berichte über die Beobachtungen des Touristen. Sie waren um so wertvoller, als alle anderen Agenten sofort von den Engländern festgesetzt worden waren.

Doch schon nach kurzer Zeit mußte Lody die Beobachtung machen, daß er überwacht wurde. Durch einen unerhört kühnen Bluff wußte er sich noch einmal Luft zu schaffen: er ging selbst zur Polizei und schlug einen fürchterlichen Krach wegen der Belästigung. Seine Aufpasser wurden daraufhin vorsichtiger, aber er mußte, daß sie ihn nicht aus den Augen ließen.

In dieser Situation erfuhr Lody von großen Truppenkonzentrationen, die General French in verschiedenen Häfen vornahm. Eine Offensive an der Westfront wurde vorbereitet. Alles kam darauf an, festzustellen, wann und an welcher Stelle die englischen Truppen eingesetzt wurden. Lody war sich klar darüber, daß jeder neue Versuch, Nachrichten nach Deutschland zu schicken, ihn verraten mußte, er wußte aber auch, von welcher Bedeutung es war, die deutsche Heeresleitung von der bevorstehenden Aktion zu unterrichten. Er hatte herausbekommen, daß Flandern das Ziel der englischen Divisionen war, und es gelang ihm, eine Mitteilung darüber noch rechtzeitig nach Deutschland zu telegraphieren. Kurz darauf wurde er verhaftet.

Das Material gegen Lody war erdrückend. Man legte ihm Photographien seiner Briefe und Telegramme vor; es war nichts mehr zu leugnen. Aber das Oberkriegsgericht respektierte in dem Spion den ritterlichen Gegner — mit unverbundenen Augen durfte er in den Tod gehen; er fiel durch die ehrliche Soldatenkugel.

Mademoiselle Tery soll vors Kriegsgericht

Zur Verhaftung der Sonderberichterstatterin des „Oeuvre" in Madrid

Paris, 7. November. Wie „Oeuvre" mitteilt, ist die Verhaftung seiner nach Spanien entsandten Berichterstatterin, Fräulein Simone Tery, wegen eines Artikels erfolgt, der als Beleidigung des spanischen Heeres angesehen worden sei. Die Madrider Militärbehörden sollen beabsichtigen, Fräulein Tery vor ein Kriegsgericht zu stellen. Das „Oeuvre" verwahrt sich nachdrücklich gegen die Verhaftung. Es erwartet, daß die französische Regierung der spanischen Regierung höflich, aber klar zu verstehen gebe, „wie unangenehm in jeder Beziehung, um es milde auszudrücken," ein Prozeß wäre.

Rotter alias Schaie in Nizza festgenommen

Der Berliner „Theaterindustrielle" soll ausgeliefert werden

Paris, 6. November. In einem Hotel in Nizza wurde der deutsche Staatsangehörige Dr. jur. Friedrich Schaie, geboren in Leipzig, früherer Direktor Berliner Theater, auf Grund eines Auslieferungsantrages der Reichsregierung verhaftet. Dr. Schaie wurde wegen Vertrauensmißbrauchs und betrügerischen Bankrotts gesucht. Er verwahrte sich gegen seine Verhaftung und behauptete, daß man ihn lediglich unter einem Vorwand nach Deutschland befördern wolle, wo er unter dem Namen **Rotter** als Beteiligter in der sog. Rotter-Affäre bekannt sei. Schaie wurde der Staatsanwaltschaft in Aix-en-Provence zugeführt, wo über den Auslieferungsantrag Beschluß gefaßt werden wird.

Neuer polnischer Gesandter in Wien

Wenig bemerkt neben den Neuernennungen von Botschaften für Berlin und London ist die Besetzung eines polnischen Gesandtenpostens erfolgt, der seit sehr langer Zeit nur von einem Geschäftsträger verwaltet wurde. Es handelt sich um die Gesandtschaft in Wien, deren Vakanz zeitweise auch politische Kommentare hervorrief und als Beweis dafür angedeutet wurde, daß Polen sich in die Donaufragen so wenig wie möglich einmischen will. Jetzt wurde der bisherige Geschäftsträger **Gawroński** zum Gesandten befördert. Die Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens dürfte bereits in den nächsten Tagen erfolgen.

Die große Fahrt

Von Hans Friedrich Blunck.

Der Dichter über sein Werk.

Es gibt geschichtliche Tatsachen, auf deren Entdeckung man wartet. Gerüchte, halbe Andeutungen findet man in alten Chroniken und ahnt, daß zu bestimmten Zeiten der Zug unserer Vorfahren diesen oder jenen Weg ging. Indes, man findet keine Bestätigung und weiß — so ging es uns Deutschen mit unserer Vorgeschichte — mit den einzelnen Fundstücken nichts anzufangen. Ja, man wagt nicht einmal stolz darauf zu sein um nicht in unnütze Prahlerei zu verfallen.

Wir wußten längst, daß Columbus nicht der erste gewesen war, der Amerika besucht hatte. Irische Mönche waren in früheren Jahrhunderten dorthin verschlagen; die Reisen der Wikinger waren bekannt, die zwei Jahrhunderte lang — im elften und zwölften — regelmäßig nach Nordamerika gefahren waren; sie hatten auch Deutsche auf ihren Schiffen zu Gast, und der Name jenes Weinlands — Tyrker — wird sogar von dem Deutschen Tyrker-Diderik erfunden. Bremer Seeleute hatten, des weiteren, im dreizehnten Jahrhundert abenteuerliche Fahrten unternommen und von einem Goldland im Nordwesten berichtet. Wir wissen nicht, wo sie gewesen sind. Da Nordamerika indes zur Zeit der ersten norwegisch-isländischen Besiedlung ebenso wie Grönland dem Erzbischof von Bremen unterstand, wird man dort noch vom Westland gewußt haben. — Vielleicht haben jene Bremer es gesucht? Unwahrscheinlich wäre, daß man in Irland, in Norwegen, auf Island, in der Hansa die Fahrten der Väter ganz vergessen hätte.

Ein Zufall brachte mich dann auf eine Schrift des Direktors der Kopenhagener Staatsbücherei Professor Sofus Larsen. Sie hieß: The Discovery of Northern America twenty years before Columbus und gab die Antwort auf manch zweifelnde Frage, die man sich vorgelegt hatte.

Wie zu Anfang gesagt: eigentlich erwartete ich jene Schrift. Ich hatte mich schon seit geraumer Zeit mit den Seefahrten des Nordens, zumal auch mit jenem „Reich auf dem Meer" der Gliekendeeler des Störtebecker befaßt. Die Abenteurer und Freiheitsdurstigen, die Unruhigen der niederdeutschen Landschaft, die „aller Welt Feind und Gottes Freunde" sein wollten, erlagen damals nach schweren Kämpfen der Uebermacht der Städte, aber das Schicksal wäre sinnlos, wenn sie nicht eine große Tat hinterlassen hätten, die uns mit ihrem Gedächtnis versöhnte und sie im Tod krönte.

Wir wissen heute, daß sie die Pfadsucher des Christoph Columbus gewesen sind. Die „Gliekendeeler" Diderik Pining und Hans Pothorst später Admirale und Statthalter der dänischen Könige in den Gewässern des Nordens, zwei der gewaltigsten Seefahrer ihrer Zeit, wie die Chronik ihrer Feinde meldet, sind mit einem portugiesischen Gesandten 1472 oder 1473 in der Gegend von Neufundland und wahrscheinlich auch weiter südlich gewesen. Sie waren von Island aufgebrochen und sind über Grönland, das sie kurz vorher wieder entdeckt hatten, nach Westen gefahren, bis sie Land fanden.

Columbus war nach einem Bericht seines Sohnes in jener Zeit auf Island. Sein Ruhm wird nicht geringer, wenn wir seinen Fahrten nachgehen, auf denen er Nachrichten über den Weg nach Indien sammelte. Auch Pining hat sich auf die früheren Fahrten der Isländer gestützt.

Die Funde über unseren Seefahrer häuften sich seit dem Erscheinen der Schrift von Sofus Larsen. Der amerikanische Professor Ulloa verkündete auf dem Amerikanistenkongreß 1932 die Entdeckung Nordamerikas „durch dänische Korsaren", bald danach wurde in Hildesheim durch Professor Gebauer eine Erbschaftsakte des „Shippers Diderik Pining", nämlich die Prozeßakte seiner Schwester gegen den König von Dänemark gefunden. So wissen wir heute sicher: Der frühe Entdecker Amerikas war der Sohn des aufsässigen und sehr unruhigen Hildesheimer Bürgers Tile Pining und seiner Frau Armgard, war ein Mann, der jung seine Vaterstadt verließ, der zunächst im hansischen, später in dänischem Dienst Schiffe und Flotten führte und schließlich Vizekönig des Nordens zwischen Grönland und Sibirien wurde.

Das sonderbarste Zusammentreffen geschichtlicher und ungeschichtlicher Tatsachen aber war Folgendes: Im Roman verlangte die Handlung, daß jener Pining einen Sohn gehabt habe. Die Forschung vermutete eigentlich noch ohne rechten Grund, daß der spätere Hildesheimer Bürgermeister der Reformation, Dierk Pining, von ihm abstammte. Der Dichter ließ jenen Sohn schon nach Island kommen, er ließ ihn in die Politik eingreifen, sogar gegen seinen Vater entscheiden. Erst nachdem er das alles geschrieben hatten, erfuhr er, daß Sohn oder Neffe jenes Diderik Pining tatsächlich im Norden gelebt hatte und sogar ein Jahr lang Nachfolger des Vaters auf Island gewesen war. Es war hier, wie ich es auch bei anderen Romanen erfahren hatte, daß man Namen und Gestalten erfand, die sich nachher als wirklich erwiesen; ja, oft fragt man sich, wo die Grenzen eigener Erfindung liegen, ob nicht manche der Gestalten, die man zeichnete, sich selbst offenbaren und einen narren, da man sie zu erfinden meint.

Was ich schrieb, läßt sich ungefähr in die Chronik jener Zeit einspannen; die Jahre sind um einiges zusammengezogen. Mir scheint's einerlei, mir sind Hans Pothorst, Diderik Pining die schöne Deike und der junger Dirk so lebendig, daß ich alles Geschehen am liebsten in einige Stunden eingesponnen hätte, in die Zeit, die Leser und Hörer brauchen, um das abenteuerliche Geschick jenes wilden Gliekendeelers zu verfolgen, der Amerika fand und vergeblich sein Volk aufrief, ihm zu folgen.

(Der Roman „Die Große Fahrt" von **Hans Friedrich Blunck** ist im Verlag **Albert Langen — Georg Müller** in München erschienen.)

Aus Stadt und Land

Stadt Posen

Donnerstag, den 8. November

Heut 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 5 Grad Cels. Bewölkt. Barom. 747. Südwinde.

Gestern: Höchste Temperatur + 16, niedrigste + 9 Grad Celsius.

Wasserstand der Warthe am 8. Nov. — 0,05 gegen — 0,06 Meter am Vortage.

Für Freitag: Sonnenaufgang 7.03, Sonnenuntergang 16.10; Mondaufgang 10.13, Monduntergang 17.05.

Wettervoraussage für Freitag, 9. November: Meist bewölkt, keine wesentlichen Niederschläge, Temperaturen wenig verändert; mäßige westliche Winde.

Spielplan der Posener Theater

Teatr Wielki:

Donnerstag: Sinfoniekonzert.
Freitag: „Schön ist die Welt".
Sonnabend: „Kascha und der Teufel".

Teatr Polski:

Donnerstag: „Fünf Minuten zu spät".
Freitag: „Der unverbesserliche Bobo".
Sonnabend: „Fünf Minuten zu spät".

Teatr Nowy:

Donnerstag: „Interessenkreis".
Freitag: „Ich habe die Krise besiegt".
Sonnabend, nachm.: „Die gestohlenen Königskinder"; abds: „Ich habe die Krise besiegt".

Kinos:

Beginn der Vorführungen um 5, 7, 9 Uhr, im Metropolis um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Apollo: „Was macht mein Mann des Nachts?"
Europa: „Pat und Patachon als Komponisten".
Gwiazda: „Hofjagd". (Deutsch.)
Metropolis: „Was macht mein Mann des Nachts?"
Słońce: „Die fröhliche Susanne".
Sfinks: „Das Geheimnis einer Frau".
Wilsona: „Marie, die Regimentstochter" (mit Anny Ondra).

„Die Jahreszeiten"

Der Posener Bachverein bricht dieses Jahr mit seiner Ueberlieferung, Werke der musica sacra zu Gehör zu bringen. Es ist diesmal ein weltliches Werk. Darum muß auch die Aufführung außerhalb der Kreuzkirche verlegt werden. Zu diesem Zwecke ist ihm als Raum die Aula der hiesigen Universität dankenswerterweise überlassen worden. Dortselbst werden am Sonntag, dem 18. November, nachm. 4½ Uhr

Die Jahreszeiten

ein Oratorium von Joseph Haydn, aufgeführt.

Eine inhaltliche Erläuterung wird in der nächsten Sonntag-Ausgabe dieses Blattes und des „Lissaer Tageblattes" erscheinen. Das Werk bringt eine eingehende Betrachtung dessen, wie

Frühling, Sommer, Herbst und Winter in wechselvollen Bildern,

mit Licht und Schatten des Landlebens, empfindsamen Szenen und frohen Chören sich den Landleuten darbieten. Es ist eine ausgesprochen volkstümliche, inhaltlich zeitgemäße Musik, die leicht verständlich und darum voraussetzungslos ist.

Es darf erwartet werden, daß dieser Aufführung allseitige Teilnahme, besonders aber weitester Kreise des Landes, entgegengebracht wird. Es gilt, einen genialen Schöpfer unseres Volkstums zu ehren. Der Posener Bachverein wird seine Aufgabe auch ferner erfüllen, wenn er sich auf die Teilnahme aller Kreise gestützt weiß.

Um allen Kreisen den Zutritt zu ermöglichen, sind die Preise auf das niedrigste bemessen. Eintrittskarten zu 3, 2 und 0,99 Złoty und Programme wie Textbücher sind in der Evang. Vereinsbuchhandlung, Wjazdowa 8, und bei der Firma Szrejbrowski, Pierackiego 20, erhältlich.

Eine letzte Aufführung des Deutschen Bettelmanns

Bei der Einweihung des Neubaus unseres Deutschen Schiller-Gymnasiums ist zweimal als Festspiel „Der Deutsche Bettelmann" gespielt worden. Die Darbietung dieses ernsten, aus dem ganzen Erleben der Nachkriegszeit geformten Spiels hat bei allen Festgästen einen tiefen und bleibenden Eindruck hinterlassen. Es ist der Wunsch der Eltern und Freunde der Schule, daß das Spiel noch einmal für diejenigen dargeboten wird, die es noch nicht gesehen haben. Das Festspiel wird am Sonnabend dieser Woche, abends 8 Uhr in der Aula des Schiller-Gymnasiums wiederholt. Auch diese Aufführung wird bei freiem Eintritt stattfinden; es ist aber nötig, Garderobe abzugeben. Während bei den ersten Darbietungen des Spiels für die Opfer der Ueberschwemmung in Kleinpolen gesammelt worden ist, ist die letzte Wiederholung des Spiels für die Deutsche Nothilfe geplant. Damit veranstaltet sie ihren

zweiten Abend in diesem Winter.

Es wird herzlich gebeten, daß alle Besucher sich gerade durch dieses Spiel erinnern lassen an die Brüder, die in Not sind, und für sie willig und gern nach Spielschluß ein reichliches Opfer geben. Es sei ausdrücklich betont, daß die Sammlung beim Ausgang ohne jeden Abzug der Deutschen Nothilfe zugute kommt. Um des Spieles und der hohen Aufgabe willen, die sich Schule und Spielschar gerade mit dieser letzten Darbietung des Spiels gesetzt haben, ist ein starker Besuch des Abends zu wünschen.

Kraftprobe im Stadtparlament

Mehrheit und Minderheit im Kampf um Haushaltspositionen

jr. In der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments gab es mit Ausnahme der Vorlage über die Bewilligung von Nachtragskrediten zum laufenden Budget sonst in den übrigen Punkten der Tagesordnung keine geteilten Meinungen. Glatt erledigt wurden: die Ergänzung der Dienstsatzungen der Stadtverwaltung durch entsprechende Bestimmungen für einen Stadtarchivar, die Beschließung von strikten Vorschriften für Schilder, Aufschriften, Reklamefiguren usw., bei denen besonders darauf geachtet werden soll, daß sie die öffentliche Moral nicht verletzen und die polnische Sprache nicht verunstalten; ferner die Bestätigung des Bebauungsplanes für Gollentschin; die Gewährung einer November-Subvention für das Teatr Wielki in Höhe von 10 000 Złoty; die Aufnahme einer fast zinslosen Anleihe von 75 000 Złoty bei der Landeswirtschaftsbank für die Errichtung von weiteren 50 Einfamilienhäusern in Naramowice, wo bereits 20 solche Kleinhäuser bestehen, die gegen eine Monatsmiete von 10 Złoty bezogen worden sind, und die Zustimmung zu einem Entwurf für die Anlegung eines katholischen Friedhofs in Junikowo, der nach modernen Bauplänen mit einem Mausoleum und einem Waldfriedhof errichtet werden soll.

Den **Zankapfel der Beratungen** bildete die Vorlage über die Bewilligung von Nachtragskrediten für das laufende Budget, die als

parteipolitische Kraftprobe

benutzt wurde. Da war zunächst die vom Magistrat geforderte Anstellung von Hilfskräften bei der Evidenzabteilung, die auf die Dauer von sechs bis neun Monaten angesichts der festgestellten Vernachlässigungen mit besonders dringenden Arbeiten betraut werden sollen.

Stadtv. Jarochowski wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß vor dem Kriege acht Beamte die Evidenz der Stadt bewältigt hätten, und jetzt bei doppelter Bevölkerung eben sechzehn ausreichen müßten, während in Wirklichkeit dreißig verlangt würden. Dies brachte ihm von seiten der Sanierung den Vorwurf ein, daß er bedürftigen Beamten keinen Verdienst gönne. Stadtv. Bederski bemerkte im Gegensatz zu Ausführungen des Stadtv. Płuciński, daß ein Kräfteaustausch zwischen einzelnen Abteilungen des Magistrats nicht möglich sei, was Stadtrat Dr. Czasz noch unterstrich, indem er dabei betonte, daß vielleicht einmal sogar die Zeit kommen würde, da man den Beamtenapparat würde erweitern müssen. Der Beamten- und Arbeiterstab der Posener Messe könne nicht herangezogen werden, da er jetzt unter anderen Sonderveranstaltungen die übrigens gut gedeihenden Wollmärkte organisiert und letztens auch die Eintreibung der Marktgebühren in der Stadt übernommen habe.

Interessant war im Verlauf der weiteren Sitzung die Heraufsetzung der Haushaltsposition für die Bestreitung von städtischen Prozeßkosten, die damit begründet wurde, daß die Zahl der durchzufechtenden Gerichtssachen ganz erheblich angewachsen sei. Die Nationaldemokraten waren nur mit einer verkürzten Heraufsetzung der für diesen Zweck bestimmten Gelder einverstanden, aber auch dann nur unter der Bedingung, daß in diese Kosten auch

die Kosten der Prozeßführung vor dem Obersten Verwaltungsgerichtshof wegen der Nichtbestätigung des früheren Stadtpräsidenten Ratajski mit eingerechnet werden sollten.

Dagegen wandte sich der Sanacjaführer Dr. Machowski, der dann vom Stadtv. Fraćkowiak tatkräftig unterstützt wurde. Dieser wies darauf hin, daß für den Juristen die Ratajski-Beschwerde vor dem Obersten Verwaltungsgericht als ganz aussichtslos zu betrachten sei. Und aus den Taschen einer ohnehin stramm Steuern zahlenden Bürgerschaft könnte das Geld für einen aussichtslosen Prozeß unmöglich aufgebracht werden. Da müsse die Nationaldemokratie schon in ihren eigenen Geldbeutel greifen. Dagegen wäre natürlich nichts einzuwenden.

Bitter empfunden wurde von der Sanierungsgruppe die Ablehnung einer Subvention von 300 Złoty für die Föderation der Vaterlandsverteidiger, obwohl man auf die Notwendigkeit dauernder Gefechtsbereitschaft hingewiesen hatte.

Die Aenderungen des Stadthaushaltsvoranschlages, denen noch weitere folgen sollen, wurden im Sinne der nationaldemokratischen Mehrheit beschlossen; das Budget der sozialen Fürsorge blieb dabei ungekürzt.

Jahresfest der Jungmädchen

Der Evangelische Jungmädchenverein unserer Stadtgemeinden feiert am kommenden Sonntag, dem 11. November, sein 51. Jahresfest. Der Tag trägt die Losung: **Die Frau wahre den Glauben.** Am Vormittag findet um 10 Uhr in der Kreuzkirche ein Festgottesdienst mit Bannerweihe statt. Die Nachmittagsfeier um 5 Uhr im großen Saal des Evang. Vereinshauses bringt außer Volkstänzen, Lautenliedern, Volksliedern und Gedichten eine Festansprache des Vorsitzenden, Herrn Pastor Brummack. Zur Aufführung gelangt das evangelische Frauenspiel „Um den Glauben" von Otto Bruder. Eintrittskarten zum Preise von 0,45 Złoty sind durch Vereinsmitglieder und am Saaleingang zu haben.

Der Staatsfeiertag am 11. November wird, wie immer, festlich begangen werden. Das Programm für Posen umfaßt den großen Zapfenstreich am Sonnabend abend; Sonntags Messe um 9 Uhr in der Pfarrkirche, dann den Aufmarsch der Vereine, Verbände und Organisationen auf dem Plac Wolności, wo vom Balkon der „Esplanade" eine Ansprache gehalten wird, und die Parade vor dem Herz-Jesu-Denkmal. Um 6 Uhr abends wird in der Universitätsaula eine Feierstunde stattfinden und als Abschluß des feierlichen Tages das Teatr Wielki das „Gespensterschloß" zur Aufführung bringen.

Das Fest der Silbernen Hochzeit begehen am heutigen Tage der in Posen bekannte Kaffeehaus- und Konditoreibesitzer Ludwig Bręczewski, ul. Pocztowa 12, und seine Ehefrau Maria, geb. Staniek. Erst vor kurzem konnte Herr Br. auf sein 25jähriges Geschäftsjubiläum zurückblicken. Das Jubelpaar begleiten die besten Glückwünsche.

„Religion und Kultur". Ueber dieses Thema spricht am heutigen „Literarischen Abend" im Działyńskischen Palais um 8 Uhr der Warschauer Literaturkritiker Skiwski. Dem Vortrage soll eine Aussprache folgen.

Die Vereinigung der Bibelforscher in Posen ist vom Burgstarosten wegen Nichterfüllung gesetzlicher Bestimmungen aufgelöst worden. Der Auflösungsmaßnahme ging eine rege Tätigkeit der Vereinigung voraus.

Die Direktion des Botanischen Gartens in der ul. Dąbrowskiego gibt zur Kenntnis, daß der Garten vom 12. November ab für die Winterzeit geschlossen bleibt. Der Tag der Wiedereröffnung wird besonders bekanntgegeben.

Der Rat der Kommunalsparkassen für die Wojewodschaft Posen ist auf Grund einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde aufgelöst worden.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein veranstaltet seinen Leseabend planmäßig am Donnerstag, dem 8. November, von 8—10 Uhr, im Leseraum der Deutschen Bücherei, Zwierzyniecka 6. Gäste willkommen.

Eine Trauermesse für Polizisten, die bei Ausübung ihres schweren Berufs und in Verteidigung ihrer Mitbürger das Leben lassen mußten, findet am Sonnabend, dem 10. d. Mts., in der Garnisonkirche statt.

Der Bau der Zentral-Markthalle durch Umbau eines der Ausstellungsgebäude soll nun anscheinend doch in Angriff genommen werden. Das Wojewodschaftskomitee des Arbeitsfonds hat sich in einem Antrag um Bewilligung eines Kredits von 250 000 Zł. bereits an die Warschauer Behörden gewandt. Von der Ausführung des Planes verspricht man sich für Verkäufer wie Käufer recht großen Nutzen.

Fassadenkletterer in Posen. Am morgigen Freitag wartet der Posener ein besonderes Schauspiel. Um 8 Uhr abends wird ein Fassadenkletterer am Hause Plac Wolności 18 seine Künste zeigen. Beim Licht der Scheinwerfer wird er das fünfstöckige Haus ohne jedes Hilfsmittel erklettern, um dann auf dem Dach akrobatische Uebungen an Trapez und Leiter auszuführen. Das Schauspiel ist kostenlos; es werden nur freiwillige Spenden für die Organisation der militärischen Vorbereitung erbeten.

X **Festgenommen** wurde der Arbeiter Stan. Agaciński, ul. Marsz. Focha 23, und das Dienstmädchen Sofie Jesse, ul. Działyńskich 3, die dem Dr. Stąpski verschiedene Kleidungs- und Wäschestücke gestohlen hatten. Die Diebesbeute wurde in der Wohnung des A. gefunden und dem Geschädigten wieder zurückgegeben.

X **Vorsicht vor einem Betrüger.** Wie die Anstalt für obdachlose Mädchen in Ketsch der Polizei meldet, werden von einem Betrüger Sammlungen veranstaltet. Der Betrüger ist im Besitz von Ausweispapieren der Anstalt, die gefälscht sind. Vor dem Betrüger wird gewarnt.

Rawitsch

— **Hilfsverein deutscher Frauen.** Die Suppenküche des Hilfsvereins hat am Montag, dem 5. d. Mts., in den Kellerräumen des Logengebäudes, die wieder in liebenswürdigster Weise von dieser Vereinigung zur Verfügung gestellt worden sind, den Winterbetrieb eröffnet. Am ersten Tage sind bereits 89 Portionen warmes Essen an 67 Familien bzw. alleinstehende Arme oder Alte ausgeteilt worden. — Von allen Seiten sind dem Verein schon Spenden aller Art, wie ein Schwein, ein Schaf, Hühner, Kartoffeln, Gemüse, Mehl usw. überwiesen worden. Die Volksgenossen, die bisher der Bitte des Vorstandes noch nicht nachgekommen sind, werden gebeten, die betr. Gaben nach dem 2. Pfarrhause senden zu wollen.

— **Die Nähstube** hat schon an vier Abenden fleißig für die Weihnachtseinbescherung getagt. Mehr als 20 Frauen sind an diesen Abenden tätig, um aus gekauftem oder geschenktem Material bzw. gebrauchten Sachen Geschenke herzurichten. — Meldungen zur Berücksichtigung für Weihnachten sind persönlich bei Frl. Stapel oder bei Frau Ramsch anzubringen.

— **Vorsicht vor Ordnungsstrafen.** Am Dienstag stand eine Bauersfrau auf dem Markte und bot Hühner zum Verkauf an. Zwei Hühner hielt sie in der Hand, während das dritte Huhn in einem Sacke ruhte. Der Hüter des Gesetzes sah darin ein Vergehen und belegte die Frau mit einer Ordnungsstrafe. Kommt da ferner ein biederes Männchen auf den Markt und kaufte drei Hühner, die es fein säuberlich eines über das andere in einem Marktnetze aufstapelte. Auch für diese Tierquälerei bekam er eine Ordnungsstrafe.

Schmiegel

Eine teilweise Kanalisation unserer Stadt beabsichtigt der Magistrat in nächster Zeit in Angriff zu nehmen. Eine Vorbesprechung mit den in Betracht kommenden Interessenten hat vor einiger Zeit stattgefunden; nach endgültiger Klärung der Angelegenheit dürfte vielleicht in diesem Herbst noch mit den Arbeiten begonnen werden.

Die schlechte Geschäftslage in Schmiegel veranlaßt viele Geschäftsleute, unsere Stadt zu verlassen. Einer Verlautbarung nach verlassen uns in nächster Zeit wieder einige Inhaber von Geschäften, um in Gdingen bzw. Posen ihr weiteres Fortkommen zu suchen.

Obornik

rl. **Bibelfest.** Am kommenden Sonntag findet hier ein Bibelfest statt. Um 10 Uhr vormittags wird in der Kirche ein Festgottesdienst abgehalten. Am Nachmittag sammelt sich dann die Gemeinde in der alten Kirche zu einer schlichten Bibelfeier. Verschönt wird diese Feier durch Deklamationen, Sprechchöre und ein Laienspiel: „Luther, der Kämpfer". Die Feier beginnt um 3 Uhr.

rl. **Vom Turnverein.** Am kommenden Sonnabend, abends 8 Uhr findet in der alten Kirche die Monatsversammlung des Turnvereins statt. Alle Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Weib — Wein — Gesang

Die Frau ist Magda Schneider, Wein ist . . . Wein, den Gesang spendet Leo Slezak in der wunderbaren österreichischen Musikkomödie „Geschichten aus dem Wiener Wald". Außer der reizenden Magda Schneider, der sogenannten „Wiener Nachtigall", und dem berühmten Tenor Leo Slezak spielen in diesem Film der bekannte Komiker Georg Alexander und der „österreichische Valentino", Wolf Albach Retty, der uns allen bekannte Soldat aus der „Frühlingsparade".

Ein seltenes Ereignis ist das Spiel des großen Wiener Philharmonischen Orchesters, das die schönsten Strauß-Walzer vorträgt. Der interessante Inhalt und die erstklassige Regie von George Jacoby stellen den Film in die erste Reihe der besten europäischen Tonfilmkomödien. Den Film, der im Ausland höchstes Interesse gefunden hat, können wir bald im Kino „Słońce" sehen.

Achten Sie also auf den Tag der Premiere, denn „Geschichten aus dem Wiener Wald" muß jeder Musik- und Humorliebhaber gesehen haben.

Noch zwei Tage

Das Kino „Gwiazda" teilt mit, daß die „Kaiserliche Hofjagd" heute und morgen zum letzten Male zu sehen ist. Jeder, der diesen schönen Film noch nicht gesehen hat, versäume es nicht, sich diese reizende Komödie noch anzusehen. Am Sonnabend, dem 10. d. Mts., erfolgt die Premiere des polnischen Tonfilms „Die Parade der Reservisten".

Deutsche Vereinigung

Gründung der Ortsgruppe Lobsens

Am Sonntag, dem 4. d. Mts., wurde für Lobsens, Kreis Wirsitz, und Umgegend eine neue Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung gegründet. Mehrere hundert Volksgenossen, darunter vor allem viel Jugendliche, hatten sich eingefunden, um die Ausführungen des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung, Erik von Witzleben, über Zweck und Ziele der Deutschen Vereinigung anzuhören. Es herrschte vollkommen einmütige Stimmung über den Eintritt in die von der polnischen Regierung genehmigte Organisationsform unserer deutschen Volksgemeinschaft. Auch diese Versammlung bewies, daß die bodenständige deutsche Bevölkerung in Stadt und Land die Einigkeit im Zeichen der Deutschen Vereinigung ersehnt. In den vorläufigen Vorstand der Ortsgruppe wurden gewählt: Kaufmann Bruno Schütz, Molkereiverwalter Ewald Schafranski und Tischlermeister Waldemar Karau

Superintendent Büttner 75 Jahre

Am 9. November feiert Herr Pastor Reinhold Büttner aus Rogasen, Superintendent der evang.-lutherischen Kirche in Westpolen, in Rüstigkeit und geistiger Frische seinen 75. Geburtstag. Der Jubilar stammt aus dem Kreise Glogau. Am Kgl. Gymnasium zu Glogau bestand er die Reifeprüfung, studierte dann in Breslau, Leipzig und Erlangen und gehörte zu den ersten Schülern des lutherischen theologischen Seminars in Breslau. Nachdem er im Herbst 1886 das Amt eines Hilfspredigers an der St. Katharinenkirche zu Breslau verwaltet hatte, wurde er in diesem ehrwürdigen Gotteshause durch Herrn Kirchenrat D. Rocholl zum heiligen Predigtamt ordiniert. Dann ging es von Ost nach West. Das Dörfchen Fürth, Kr. Ottweiler, im Saargebiet wurde von 1887 bis 1909 die Stätte seiner seelsorgerlichen Arbeit. Nun ging es wieder von West nach Ost, und zwar nach Rogasen mit dem Pfarrgarten in lauschiger Stille am See. Vor 25 Jahren wurde Pastor Büttner hier von Superintendent Schnieber-Posen in das Pfarramt der Parochie Rogasen eingeführt, das er noch heute verwaltet. Im Herbst 1920 wurde er durch das Ober-Kirchen-Kollegium der evang.-lutherischen Kirche in Altpreußen zum Superintendenten der lutherischen Gemeinden in Posen und Pommerellen ernannt. Das Band mit der Mutterkirche mußte gelöst werden; seitdem bilden die deutschsprachigen lutherischen Gemeinden in Posen und Pommerellen unter Leitung von Sup. Büttner „die evang.-lutherische Kirche in Westpolen".

Neben seiner pfarramtlichen Tätigkeit fand Sup. Büttner noch Zeit und Freudigkeit, für die deutsche Privatschule in Rogasen seine Kraft einzusetzen; er ist Mitbegründer derselben, langjähriger Vorsitzender des Schulvorstandes und Religionslehrer an der Schule.

Bewegten Herzens blickt der verehrte Jubilar auf 48 Jahre reichgesegneter Arbeit im Weinberg des Herrn zurück, als auf eine Zeit, in der er täglich Gottes tragende, schirmende und segnende Vaterhuld spüren und erfahren durfte. Alle aber, die in herzlicher Liebe und Verehrung zu ihm aufschauen, die vielen, denen er ein Segen geworden ist, haben den Gebetswunsch, daß das neue Lebensjahr des 75jährigen unter der Erfüllung des Prophetenwortes Jes. 40, 21 stehen möge: „Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft, daß sie auffahren mit Flügeln wie Adler, daß sie laufen, und nicht matt werden, daß sie wandeln und nicht müde werden."

Krotoschin

Feuer im Wanderkino. In Sulmierzyce entstand durch Kurzschluß ein Brand, dem ein Film zum Opfer fiel. Gleichfalls verbrannten Kulissen und sonstige Einrichtungsstücke der Bühne. Der Schaden des Kinobesitzers beträgt 300 Zloty, während der Besitzer des Saales um 500 Zloty geschädigt ist. Beide sind jedoch durch Versicherung gedeckt.

Eine schwierige Aufgabe des Winterhilfsausschusses. Am vergangenen Dienstag fand eine Sitzung des Winterhilfsausschusses statt. Vor allen Dingen sollte eine Einschätzungsnorm gefunden werden; doch leider kam man zu keinem rechten Ergebnis. Ueber die Angestellten war man sich klar, da deren Norm bereits durch die Nothilfe gegeben ist. Schwerer ist es jedoch, eine solche für die freien Berufe zu finden, und die größten Schwierigkeiten bereitet es wohl — bei dem unterschiedlichen Stand —, dieselbe für mittlere sowie größere industrielle und landwirtschaftliche Betriebe festzusetzen. Würden die Landwirtschaften wie im Vorjahre pro Morgen und Jahr mit 20 Groschen eingeschätzt, so würde ein mittlerer Beamter von 300 Zloty Monatsgehalt genau soviel zahlen wie ein Besitzer von 400 Morgen. Industrieunternehmen müßten auf Grund ihres Umsatzes eingeschätzt werden, da auf anderem Wege leicht der Fall entstehen könnte, daß derselbe mittlere Beamte ebenso viel zahlt wie ein Fabrikant, der 15—20 Arbeiter beschäftigt. Ganz abgesehen von allen Schätzungen ist jeder durch die Zugehörigkeit zu unserem Volkstum verpflichtet, nach bestem Können zu diesem Hilfswerk beizutragen.

Unglücksfall im Walde. Am vergangenen Dienstag vormittag wurde in den hiesigen staatlichen Wäldern der Arbeiter Wojciech Majczyk von einem niederstürzenden Baum erschlagen.

Plötzlicher Todesfall. Vor einigen Tagen starb plötzlich die 40jährige unverehelichte Antonina Sarbok. Da der Verdacht bestand, dieselbe sei einer Giftmischerin zum Opfer gefallen, wurde die Sektion der Leiche angeordnet und Darm- sowie Mageninhalt zwecks genauerer Untersuchung nach Posen gesandt. Das Untersuchungsergebnis steht bisher noch nicht fest

Pädagogische Tagung in Bromberg

y. Wie alljährlich, so hatte auch die diesjährige Pädagogische Tagung eine große Anzahl auswärtiger deutscher Lehrer nach Bromberg gezogen. Alle drei Tage waren vom frühen Morgen bis zum Abend mit lehr- und genußreichen Vorträgen besetzt, die den Tagungsteilnehmern wieder eine Fülle neuer Gedanken und Anregungen übermittelten.

Stadtschulrat Jentzsch-Leipzig sprach in drei Vorträgen über die Wandlungen des Bildungs- und Erziehungsideals.

Oberstudiendirektor Dr. Schwedtke-Berlin sprach in einer Vortragsreihe über „Die Bedeutung der Jugendbewegung in der europäischen Erziehung", und zwar besonders eingehend im jetzigen Deutschland, in Sowjetrußland und im faschistischen Italien.

Oberstudienrat Dr. Otto-Berlin beleuchtete ausführlich „Die Stellung des biologischen Unterrichts in der Erziehung der Gegenwart" und demonstrierte an Hand von Lichtbildern eine Menge neuer praktischer Lehrmethoden auf diesem Gebiete.

Herr Michalski führte eine Ausstellung von Handwerkszeugen für den Werkunterricht in der Volksschule vor.

Den größten Anklang fanden jedoch erklärlicherweise die Stunden, in denen der bekannte deutsche Schriftsteller und Dichter Will Vesper über „Zeitwende in der Dichtung" sprach und aus eigenen Werken vorlas.

Im Rahmen dieser Veranstaltung waren auch die Abende mit gehaltvollen Darbietungen ausgefüllt. Es fand ein sehr erfolgreicher Liederabend von Gerhard Hüsch von der Staatsoper Berlin, eine Vorstellung „Die Heimkehr des Mathias Bruck" auf der Deutschen Bühne, sowie eine Ausstellung statt, die Baurat Krüger, der Erbauer der Goetheschule in Graudenz und des Privatgymnasiums in Dirschau sowie des Posener Schillergymnasiums über den in Schulgebäuden anzubringenden Wandschmuck veranstaltete.

Durch die sorgfältige Zusammenstellung und Durchführung des Programms war auch diese „Pädagogische Tagung" für alle Teilnehmer ein wertvolles und bleibendes Erlebnis geworden, wofür der Tagungsleitung, insbesondere Herrn Dir. Schönbeck, der herzlichste Dank gebührt.

Zahlungstermin der Staatsanleihe. Laut Anordnung des Generalkommissars der Staatsanleihe ist am 5. November d. Js. der Termin zur Zahlung der Staatsanleihe abgelaufen. Sämtliche Finanzämter nehmen seit obigem Termin keine Zahlungen mehr an. Die nach dem 5. 11. auf der Post eingezahlten Beträge werden an die Einzahler zurückgesandt. Angenommen werden Zahlungen solcher Anleihezeichner, die die spezielle Erlaubnis des Generalkommissars dazu besitzen.

Verlegung des Standesamtes Krotoschin (Landbezirk). Da erst letztens das Standesamt Krotoschin (Landbezirk) von auswärtigen Landleuten vergeblich gesucht wurde, geben wir hier noch einmal zur Kenntnis, daß sich das Standesamt für den Landbezirk seit 1. Oktober auf der ul. Zdunowska Nr. 42 befindet.

Radioschwarzhörer? Am vergangenen Montag fanden im hiesigen Landratsamt 25 Termine gegen angebliche Radioschwarzhörer statt. Bestraft sollen sogar diejenigen werden, die ihre Antennen oder sonst einen Zubehörteil zum Radioapparat nicht entfernt hatten, obwohl sie keinen Apparat besaßen. Ueber den Ausgang dieser Termine ist bisher nichts bekannt.

Gnesen

Schulwagen der Selbsthilfe

mp. Nach Auflösung der deutschen Volksschule in Talsee bei Gnesen sind die Kinder derselben gezwungen, um nicht in die dortige polnische Schule gehen zu müssen, die deutsche Privatschule in Gnesen zu besuchen. Tag für Tag mußten sie nun diesen weiten Weg bei Wind und Wetter per Rad, mit dem Wagen oder gar zu Fuß zurücklegen; denn mit der Bahn- oder Autobusverbindung ist es schlecht bestellt, und eine Fahrpreisermäßigung wurde noch nicht bewilligt. Endlich gelang es dann durch persönliche Initiative des Herrn Konrad Gerhard aus Talsee, für Talsee sowie die umliegenden Ortschaften einen Schulwagen zu beschaffen, welcher nun jeden Tag 25 Schüler fast kostenlos nach Gnesen in die Schule bringt. Der Bau dieses Wagens gleicht dem eines Autobusses, besitzt Ballonreifen und kann sehr bequem 30 Schüler unterbringen. Befördert wird dieser Wagen von zwei Pferden, welche von den deutschen Landwirten dieses Bezirkes der Reihe nach mit einem Kutscher gestellt werden. In Talsee sammeln sich in diesem Wagen schon sehr früh am Morgen die Schüler aus Braunsfelde, Primas und Talsee. Diesen schließen sich dann noch unterwegs die Kinder aus Morgenau und Arkusdorf an. Pünktlich vor Anfang der Unterrichtsstunde trifft der Wagen in Gnesen ein. Hier wartet er bis Schulschluß und befördert die Kinder wieder zurück.

mp. **Vieh- und Pferdemarkt.** Am 19. und 20. d. Mts. findet in Gnesen ein außerordentlicher Pferdemarkt, am 21. ein großer Pferde- und Viehmarkt statt. Erlaubt ist, alles Vieh — gehörntes und ungehörntes — zu Markte zu bringen.

Schroda

Wichtig für Viehbesitzer

t. Der hiesige Starost gibt nachstehende Verordnung zur Bekämpfung der Viehseuchen bekannt. Danach ist jedes Hornvieh, das zum Markt gebracht wird, außer dem Ursprungsattest noch mit einem Ohrenzeichen (Ohrring) zu versehen. Die Abzeichen können von den einzelnen Dorfgemeinden im Starostwo in Empfang genommen werden. Die Gebühren hierfür betragen bei einem einzelnen Tiere 50 Groschen, bei mehr als einem Tier 25 Groschen pro Stück. Die Aufschriften und Nummern der Abzeichen müssen in dem Ursprungszeugnis vermerkt sein. Tiere, die nicht mit diesem Ohrring versehen sind, dürfen, auch wenn ein Ursprungsattest mitgeführt wird, nicht auf der Bahn befördert noch auf den Markt gebracht werden. Diejenigen Tiere, die kein Abzeichen haben und für die auch kein Ursprungsattest vorhanden ist, werden auf Kosten des Besitzers zurückbehalten, bis ihre Herkunft einwandfrei festgestellt ist. Falls die Tiere im Schlachthause geschlachtet werden, werden die Abzeichen dort noch zwei Jahre aufbewahrt. Bei Hausschlachtungen sind die Abzeichen bei derjenigen Behörde abzugeben, welche die Ursprungsatteste ausstellte. Dort sollen sie ebenfalls zwei Jahre aufbewahrt werden.

t. **Einbruchsdiebstähle.** Dieser Tage wurde bei dem Landwirt Waliszak in Biskupice eingebrochen. Die Täter hatten bereits drei Schweine geschlachtet, konnten aber nur zwei mitnehmen, da sie von dem Landwirt überrascht wurden. Außerdem haben sie noch einen größeren Posten Wäsche gestohlen. — Dem Landwirt Marjalke in Zasutowo wurden Pferdegeschirre, ein Rad, Mäntel, Deckbetten und Kopfkissen gestohlen. Es handelt sich scheinbar um dieselben Täter, die in beiden Fällen unerkannt entkamen.

t. **Warnung vor Betrügern.** In Ergänzung der in Nr. 247 unseres Blattes gebrachten Warnung vor den angeblichen Kontrolleuren der Staatsanleihe-Obligationen geben wir nachstehend die Personenbeschreibung des einen Betrügers bekannt: Er ist etwa 30 Jahre alt, mittleren Wuchses, schlank, bartlos, dunkelblond, trägt eine dunkelgrüne Brille mit breiter Hornfassung, einen grünen Gabardinemantel, grünlichen weichen Hut, gelbe Halbschuhe in Sandalenform und gelbe Lederaktentasche. Bei seinem Erscheinen ist der nächsten Polizeistation Meldung zu erstatten.

t. **Zuchtbullenstation.** Die Großpolnische Landwirtschaftskammer hat bei dem Landwirt Czesław Kierzek in Starczanowo eine Zuchtbullenstation eingerichtet. Die Haltepflicht des Zuchtbullen läuft bis zum 15. September 1937. Der Preis des Deckens beträgt 3 Zloty.

Jarotschin

× **Vollständige Auflösung der Versicherungsanstalt.** Nachdem schon seit Monaten das Personal und der Geschäftsbereich der Jarotschiner Filiale der Ostrowoer Allgemeinen Versicherungsanstalt verkleinert worden war, tritt nunmehr die endgültige Auflösung am 1. Dezember dieses Jahres ein. Sämtlichen Beamten ist gekündigt worden. Für die schönen Büroräume haben sich schon ernsthafte Reflektanten gefunden, u. a. auch das Bezirkskommando Jarotschin. Gegebenenfalls wird auch das ganze Gebäude der früheren Krankenkasse in ein Alumnat des Städtischen Gymnasiums umgewandelt. Die erst vor einigen Jahren neugebaute Dampfbadeanstalt, die jetzt leider schon seit mehreren Monaten außer Betrieb ist, soll die Stadtverwaltung übernehmen, was sehr zu wünschen wäre, da es jetzt in Jarotschin gar keine öffentliche Bademöglichkeit gibt. Die Zahl der den Versicherten zur Verfügung stehenden Aerzte ist reduziert worden, und zwar sind jetzt nur noch Dr. Maenzel und Dr. Idaszewski für die Allgemeine Versicherungsgesellschaft tätig.

Czarnikau

e. **Kühne-Abend.** Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten war es auch uns ermöglicht worden, den Vortragskünstler Emil Kühne zu hören. Wohl noch niemals waren die Räume des Bahnhofshotels so überfüllt. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Vom ersten Augenblick an ging das Publikum mit dem Künstler mit, der es immer wieder zu neuem Beifall mitriß. Viele vergaßen den Alltag in unbekümmertem, frohem Lachen. Zum Schluß wurde dem Künstler noch besonders gedankt und der Wunsch ausgesprochen, daß dies nicht der letzte Emil-Kühne-Abend in Czarnikau sein möge. Eine besondere Freude war es, daß auch die Behörden durch Starost und Bürgermeister vertreten waren und eine Anzahl polnischer Bürger an dem Abend teilgenommen haben.

Thorn

Neue Weichselbrücke. Am 11. November soll die neue Thorner Weichselbrücke eingeweiht werden. Die Brücke, die eine Länge von 900 Metern und eine Breite von über 15 Metern besitzt, wird den Namen des Marschalls Piłsudski tragen. Der erste Vorschlag, ihren Namen aus dem 700jährigen Bestehen der Stadt abzuleiten, kam nur für die Zufahrtstraße in Anwendung. Der Bau der Brücke wurde 1928 begonnen und in diesem Jahre beendet.

Postwagen des Zuges Posen—Warschau von Banditen überfallen

Warschau, 7. November. In der Nacht zum Mittwoch überfielen drei maskierte Banditen wenige Kilometer vor Warschau den Postwagen eines Personenzuges Posen—Warschau. Die überraschten Beamten des Postwagens wurden von den plötzlich während der Fahrt eindringenden Banditen mit Revolvern in Schach gehalten. Die Banditen warfen die eiserne Geldkassette aus dem Zuge, zogen die Notbremse und sprangen ab. Die Verfolgung durch die Bahnbeamten und die Mittwoch früh eingesetzten Polizeistreifen haben nur zur Auffindung der erbrochenen Kassette geführt, die fast 40000 Zloty enthalten hatte. Eine Anzahl verdächtiger Personen wurde verhaftet. Man weiß aber nicht, ob die Täter sich unter ihnen befinden.

Hans Schwarz wurde Weltmeister

Der letzte Tag des internationalen Ringerwettstreits um die Weltmeisterschaft im Breslauer Zirkus Busch ging am Dienstag vonstatten. Erstklassige Ringkampfkunst entschied am 52. Kampfabend die Verteilung der ersten fünf Plätze. Nach Beendigung der Kämpfe ergab sich folgendes Schlußergebnis:

1. Hans Schwarz (Deutschland) 1 Niederlage, 2. Alexander Garkawienko (Polen) 2 Niederlagen, 3. Jaan Jaago (Estland) 2 Niederlagen, 4. Reginald Siki (Amerika) 3 Niederlagen, 5. Basil Colev (Rumänien) 3 Niederlagen, 6. Alexander Peterson (Estland) 4 Niederlagen.

Zwei Nationen, die in letzter Zeit viel für Aufnahme wertvoller sportlicher Beziehungen taten, Deutschland und Polen, stellten zum Endkampf um die Weltmeisterschaft im Breslauer Zirkus Busch die Teilnehmer.

Mit großer Begeisterung verfolgten die Zuschauer den Endkampf zwischen dem Titelverteidiger Garkawienko-Polen und dem Deutschen Hans Schwarz, der mit großer Unbekümmertheit den Endkampf bestritt. Recht lange schon hatten sich beide zermürbt, als sich die Sensation vorbereitete. Der Titelverteidiger Garkawienko riskierte einen Kopfzug, Hans Schwarz nahm doppelten Armzug, und aus der Verbindung beider Griffe entstand ein Ueberroller, der nach 1:48 Stunden dem Deutschen den Sieg eintrug. Die Begeisterung des ausverkauften Hauses war ungeheuer. Zum ersten Male seit langer Zeit war es wieder einmal einem Deutschen gelungen, die höchste Würde eines Berufsringers einzuheimsen. Exweltmeister Garkawienko erkannte die einwandsfreie Niederlage an und tröstete sich damit, daß er ja 1934 Europameister im Schwergewicht (bei dem Wettbewerb in Frankfurt am Main) geworden war. Der Beauftragte des Reichssportführers, Gausportführer Hermann Renneker, ließ es sich nicht nehmen, den neuen Weltmeister durch eine Ansprache auszuzeichnen, in der er den jungen Deutschen bat, an die Tradition seines Vaters anzuknüpfen, der fünfmal Weltmeister der Berufsringer geworden war.

Den dritten Platz eroberte der siebenfache Exweltmeister Jaan Jaago (Estl.), der im Entscheidungskampf gegen den Neger Siki (Amerika) nach 62:30 Minuten durch Untergriff von der Seite (mit Ausheber) erfolgreich war. Der Amerikaner hatte amerikanische Krawatte gefaßt, die ihm dann zum Verhängnis wurde. Statt den Griff zu lösen, hielt er mit großer Kraft und schien dabei kaum zu merken, daß er durch die Gegenparade auf die Schultern mußte. Der Beifall, den Jaan Jaago empfing, war von Herzen kommend und zeigte so recht die Sympathien auf, die sich der Estländer durch diesen Erfolg erworben hatte. Im ersten Kampf des Schlußtages, der der Ringer-Welt-Union noch einmal ein ausverkauftes Haus brachte, rangen Colev (Rumänien) und Peterson (Estland) gegeneinander. An Stärke und Kraft schien der Estländer überlegen, doch stand dem Rumänen ein gut Teil Glück zur Seite, als er nach 1:35 Stunden durch doppelten Armzug (als Parade gegen Ausheber) siegreich blieb.

Tod des polnischen Meisterringers Sztekker

In einem Warschauer Krankenhaus ist nach zweiwöchigem Krankenlager der bekannte polnische Meisterringer Teodor Sztekker gestorben. Man nimmt an, daß sein Tod auf innere Verletzungen zurückzuführen ist, die er beim letzten Turnier in Bern davontrug. Die Sensationspresse spricht aber auch die Vermutung aus, daß der zweimalige Weltmeister vielleicht einer Vergiftung zum Opfer gefallen sein könnte.

Sztekker, ein Pytlasiński-Schüler, wurde 1897 im Lubliner Gebiet geboren. Nach Beendigung des Gymnasiums in Kiew studierte er dort zwei Jahre die Rechte. Seine ersten Erfolge als Berufsringer trug er in russischen Städten davon. Nach einer Amerikareise gewann er in Europa zweimal die Weltmeisterschaft auf den Turnieren in Budapest und Hamburg. Der Verstorbene ist mehrmaliger Meister von Polen, Deutschland, Ungarn, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Oesterreich gewesen. Während des letzten Posener Turniers mußte er sich in Warschau wegen eines Mordversuchs, dessen man ihn bezichtigte, vor Gericht verantworten, wurde aber freigesprochen.

Der Verstorbene war verheiratet mit der Schriftstellerin Wanda Melcer-Rutkowska, von der er sich vor drei Jahren scheiden ließ. Dieser Ehe entstammen Zwillingstöchter. Nach der Scheidung heiratete Sztekker zum zweiten Male.

Länderboxkampf Deutschland-Polen

Am 24. d. Mts. findet, wie bereits gemeldet, in Essen der Länderboxkampf Deutschland—Polen statt, mit dessen Durchführung der Essener Polizei-Sportklub beauftragt worden ist. Die Veranstaltung wird in der Ausstellungshalle der Stadt Essen, die 10 000 Zuschauer aufzunehmen vermag, durchgeführt werden. Zum Ringrichter wurde der Holländer Bergstroem bestimmt. Der Deutsche Rundfunk wird eine Reportage über alle deutschen Sender verbreiten. Der Reingewinn der Veranstaltung ist für das Deutsche Winterhilfswerk bestimmt.

Die Rohstoffmärkte nach dem Siege Roosevelts

Mit überwältigender Mehrheit hat sich das amerikanische Volk im Sinne seines Präsidenten Roosevelt entschieden. Dieses Ereignis dürfte auch nicht ohne weittragende Folgen für die Rohstoffmärkte bleiben, sofern der Präsident sich lediglich von den Gesetzen ökonomischer Vernunft leiten lässt und nicht zu seiner alten Liebhaberei, der Lust an Experimenten, zurückkehrt. Dass Roosevelt auf dem besten Wege ist, hat man unlängst aus einer Kritik erfahren, die er in bezug auf die Warenpreise an sich selbst übte. Früher stand der Chef der amerikanischen Regierung auf dem Standpunkt, ohne weitere Preissteigerungen ginge es einfach nicht. Heute liegt Roosevelt offenbar viel mehr daran, dem Preisniveau lediglich eine gewisse Stetigkeit zu geben, damit die verarbeitenden Industrien wieder in der Lage sind, nach festen Massstäben zu arbeiten, und die Lebenshaltungskosten keine übermässige Verteuerung erleiden. So nützlich derartige Gedankengänge in der Theorie sein mögen, für die Praxis versprechen sie jedoch erst dann einen Erfolg, wenn es gleichzeitig gelingt, wenigstens einigermassen stabile Verhältnisse in die Dollarwährung bzw. ihre Relation zur Pfund-Sterling-Devise zu bringen. Ohne eine Bereinigung dieses Fragenkomplexes müssen alle Aktionen, wie sie auch heissen, oder wo sie angesetzt sein mögen, Stückwerk bleiben. Gelingt es Roosevelt nicht, hierüber zu einer Verständigung mit London zu gelangen, dann droht ihm ein neuer Währungsfeind, nämlich der Yen, um dessen Entwicklung die Sorge von Tag zu Tag wächst. — Roosevelt hat völlige Bewegungsfreiheit nach innen und nach aussen, und man kann nur hoffen, dass er sie zum Vorteil seines Landes sowie des gesamten Welthandels gebrauchen wird.

Recht unübersichtlich liegen die Dinge an den überseeischen Getreidemärkten. Noch immer macht sich an ihnen der Druck austialischen, namentlich aber argentinischen Angebotes bemerkbar, demgegenüber die Tatsache, dass die gesamte Getreideernte der Union in 1934 um rd. 1¾ Mill. bsh. hinter derjenigen von 1933 zurückbleibt, nicht aufkommen kann. Sowohl in Chicago wie in Winnipeg gchen Versionen um, Australien werde mit einer Ernte von 136 bis 140 Mill. bsh. aufwarten, während die Taxen bisher sich zwischen 115 und 120 Mill. bsh. bewegten. Von einer stärkeren Aktivität in den Verschiffungen aus den beiden genannten Ländern ist im Augenblick zwar noch wenig zu merken, es besteht jedoch kein Zweifel, dass die nächsten Wochen hierin einen Umschwung bringen werden.

Bei den Kolonialwaren verlaufen die Umsätze der Jahreszeit entsprechend etwas lebhafter; alle hier gehandelten Materialien sind grösseren Schwankungen dadurch entzogen, dass es sich mit Ausnahme des Zuckers um Artikel mit mehr oder minder stark ausgeprägtem lokalen Charakter handelt. Ueber die Gestaltung der künftigen Tee-Restrikten ist bisher eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es ist jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass es bei dem früheren Verteilungsschlüssel der Einschränkung von 12½ Prozent nicht bleiben wird, sondern das Ausmass der Restriktion für 1935 aller Voraussicht nach zwischen 15 und 20 Prozent liegen dürfte. Im übrigen wird in den Kreisen der Teepflanzer ernstlich eine noch straffere Kontrolle des Marktes erwogen. Nach Meldungen aus Brasilien sind dort in der Zeit von Mitte Juli bis Ende Oktober von neuem rund 3 Mill. Sack Kaffee vernichtet worden, womit im ganzen 32,3 Mill. Sack dem menschlichen Konsum entzogen wurden. Die Missernte Japans an Reis führt zu immer erneuten Abrufen Japans in Indien und gibt dadurch dieser Kolonialware einen kräftigen Auftrieb. Mit dem Sinken der Temperaturen hat der Konsum an Zucker allenthalben nachgelassen, auch wenn die gegenwärtigen Verbrauchsziffern noch durchweg über denen des Vorjahres liegen. Bemerkenswert ist das Anhalten der Festigkeit am Kopenhagener Buttermarkt, an dem sich Stützungsmassnahmen und das geringe, aus Gründen der Jahreszeit bedingte Angebot deutlich bemerkbar machen. Schmalz wies in Chicago geradezu eine Hausse auf, da die Notschlachtungen in den USA zu einer merklichen Verknappung der Anlieferungen geführt haben. Zucker schwächte sich in New York etwas ab, zumal die Aussichten auf eine Verständigung der internationalen Produzenten wieder verblassen.

Ein Unsicherheitsfaktor wurde in die Baumwollmärkte durch private Ernteschätzungen hineingetragen, die auf ca. 9,7 Mill. Ballen (bisher 9,4 Mill. Ballen) lauten. Zudem treten Zweifel an der Richtigkeit der amerikanischen Baumwollpolitik auf, die es noch immer nicht verhindern konnte, dass zwischen USA-Baumwolle und anderweitigen Herkünften gleichen Spinnwertes eine Preisspanne von 1 ct. pro lb. liegt. Aus diesem Grunde sind auch die amerikanischen Rohbaumwollexporte stark zurückgeblieben, während diejenigen anderer Länder eine Ausweitung erfuhren. Wolle erzielte an den australischen Versteigerungen Gewinne bis zu 5 Prozent, in Bradford ist die Kammzugproduktion für mehrere Monate ausverkauft. Der italienische Seidenmarkt liegt infolge der Regierungsmassnahmen ziemlich fest. Hiervon profitierte auch das französische und das übrige europäische Geschäft. Die Erhöhung der Ausfuhrquote für Kautschuk durch das International Rubber Regulation Commitee während des ersten Quartals 1935 auf 75 Prozent der Standardquoten bedeutet ein weitgehendes Entgegenkommen Grossbritanniens an Holland, dessen Gummierzeuger auf Grund der Schwierigkeiten einer Ueberwachung des Eingeborenen-Kautschuks eine Erhöhung forderten. Dadurch wurde eine neue Beunruhigung des Marktes, möglicherweise sogar eine Gefährdung der gesamten Restriktion, verhindert.

Bei den Metallen gab es in den letzten Tagen fast durchweg Preisabschläge, deren Ursache in Betrachtungen über die statistische Lage der einzelnen Materialien zu suchen ist. Da die Förderung, mit Ausnahme von Zinn, durchweg wieder über den Verbrauch hinausgeht, schritt die amerikanische Spekulation zu Entlastungsverkäufen, die obendrein noch durch Abgaben von industrieller Seite erhöht wurden. Selbst die kürzlich in den USA beschlossene Einschränkung der Kupferproduktion um 20 Prozent vermochte die Stimmung nicht zu bessern. Beim Kupfer dreht sich jetzt alles um die Verständigungsmöglichkeiten mit den südamerikanischen und afrikanischen Minen sowie um den Ersatz dieses Metalles durch das Aluminium. Der Rückgriff auf sogenannte Surrogate spielt übrigens auch beim Zinn eine gewisse Rolle, indem das Aluminium an Stelle der Zinnfolie immer mehr aufkommt. Die Weltbestände an Zinn stiegen im Oktober wider Erwarten um 1712 auf 18 631 t (i. V. ca. 31 600 t). Die Welterzeugung an Zink blieb unverändert, sie lastet aber trotzdem auf dem Geschäft, weil die Industrie zuvor Anschaffungen über Bedarf vorgenommen hatte. Das Blei erfuhr gleichfalls eine leichte Abschwächung; Silber konnte sich gut behaupten.

Die Preisentwicklung der wichtigsten Welthandelsartikel geht aus nachstehender Tabelle hervor:

	Ende Dez. 32	April 33	18. Juni	9. August	Ende Dez.	jetzt
Weizen Chicago	49,50	71,25	114,87	98,37	81,50	98,37
Roggen Chicago	30,—	48,75	105,—	72,75	53,25	70,25
Mais Chicago	22,25	36,75	63,87	54,—	44,37	78,—
Schmalz Chicago	4,30	5,55	7,90	6,—	4,40	9,27
Zucker Magdeburg	5,10	5,40	5,10	5,02	3,85	3,65
Zucker New York	66,—	141,—	158,—	145,—	110,—	197,—
Reis London	9/—	6/50	7/12	6/10	6/20	8/30
Kautschuk London	2,40	2,99	4,82	4,35	4,40	6,75
Baumwolle Bremen	7,20	9,39	13,28	11,03	11,50	14,15
Baumwolle New York	6,10	8,75	11,75	9,60	10,15	12,08
Kupfer London	28,60	31,10	38,40	36,75	32,19	27,63

Die neue Zuckersteuer

Da die Regierung mit einem Rückgang der Finanzeinnahmen nach der Herabsetzung der Naphthasteuer und der Salzpreise rechnet, beabsichtigt das Finanzministerium, eine neue Einnahmequelle durch Einführung einer besonderen Steuer zur Verbrauchssteuer für Zucker und durch eine höhere Versteuerung des Hut- und Würfelzuckers zu finden.

Im Sinne eines Beschlusses des Wirtschaftskomitees beim Ministerrat vom 24. August dieses Jahres soll der durch Verordnung vom 30. August 1924 in Höhe von 80,50 zł für 100 kg frei Bahnstation des Abnehmers eingeführte Zuckerpreis bis zum 31. Dezember 1934 Gültigkeit haben. Ab 1. Januar 1935 soll dieser Preis um weitere 5 zł auf 75,50 zł herabgesetzt werden. Diese Herabsetzung will das Finanzministerium durch Einführung einer allgemeinen Steuer zur Verbrauchssteuer in Höhe von 5 zł je 100 kg zugunsten des Staatsschatzes ausgleichen.

Neuer Direktor der Bank Polski

Dr. Tomasz Buczkowski, Leiter der Abteilungen für Personal- und Rechtsfragen bei der Direktion der Bank Polski, wurde vom Bankrat zum Direktor der Bank Polski ernannt.

Die Wechselproteste in Polen

Im September wurden in Polen rund 119 000 Wechsel im Gesamtbetrage von 19,6 Mill. zł protestiert. Gegenüber dem Vormonat, in welchem 116 500 Wechsel im Gesamtbetrage von 19,8 Mill. zł protestiert wurden, ist die Veränderung nur gering. Gegenüber dem September des Vorjahres ist jedoch ein starker Rückgang zu verzeichnen, denn damals wurden 141 600 Wechsel im Gesamtbetrage von 28,7 Mill. zł protestiert.

Börsen und Märkte

Posener Börse

vom 8. November.

5%	Staatl. Konvert.-Anleihe	65.25 G
5%	Pfandbriefe der Westpoln. Kredit-Ges. Posen	—
4½%	Dollarbriefe der Pos. Landsch.	—
4½%	Gold-Amortis.-Dollarbriefe der Pos. Landschaft	—
4%	Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft	46.50 G
4%	Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III)	52.00 G
4½%	Złoty-Pfandbriefe	46.25 B
4%	Prämien-Invest.-Anleihe	—
3%	Bau-Anleihe	46.00G
	Bank Polski	94.00 G

Tendenz: unverändert.

G = Nachfr., B = Angeb., + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 7. November. In Danziger Gulden wurden für telegr. Auszahlungen notiert: New York 1 Dollar 3.0670—3.0730, London 1 Pfund Sterling 15.35—15.39, Berlin 100 Reichsmark 123.28—123.52, Warschau 100 Złoty 57.83 bis 57.94, Zürich 100 Franken 99.77½—99.97½, Paris 100 Franken 20.18—20.22, Amsterdam 100 Gulden 207.29—207.71, Brüssel 100 Belga 71.60—71.75, Prag 100 Kronen 12.80—12.83, Stockholm 100 Kronen 78.97—79.13, Kopenhagen 100 Kronen 68.43—68.57, Oslo 100 Kr. 77.00—77.16; Banknoten: 100 Złoty 57.83—57.95.

Warschauer Börse

Warschau, 7. November.

Rentenmarkt. Die Gruppe der Privatpapiere war heute sehr lebhaft gefragt, die Kurse gestalteten sich uneinheitlich.

Es notierten: 3proz. Prämien-Bau-Anleihe (Serie I) 46.50, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 53—53.25, 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 116, 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 66, 6proz. Dollar-Anleihe 72.75—72.50, 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 77—76.75, 7proz. Pfandbriefe der Bank Rolny 83.25, 8proz. Pfandbrief der Bank Rolny 94, 7proz. Pfandbriefe der Bank Gosp. Kraj. II. Em. 83.25, 8proz. Pfandbriefe der Bank Gosp. Kraj. I. Em. 94, 7proz. Kommunal-Obligationen der Bank Gosp. Kraj. II. Em. 83.25, 8proz. Kommunal-Obligationen der Bank Gosp. Kraj. I. Em. 94, 8proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. Przem. Polsk. 79.00, 4½proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. Ziemsk. Warschau 51,25—51, 7proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. Ziemsk. Warschau 1928 47, 4½proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Warschau 65, 5proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Warschau 69, 5proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Warschau 1933 60.25—59.63—59.88, VIII. und IX. 6proz. Konvert.-Anleihe der Stadt Warschau 1926 57, 5proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Kielc 1933 48.75, 5proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Lodz 1933 51.50, 5proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Piotrkau 1933 47, 5proz. Pfandbriefe der Tow. Kredyt. der Stadt Siedlec 1933 38.38.

Amtliche Devisenkurse

	7. 11. Geld	7. 11. Brief	6. 11. Geld	6. 11. Brief
Amsterdam	357.50	359.30	357.50	359.30
Berlin	212.25	214.25	212.25	214.25
Brüssel	123.56	124.08	123.54	124.08
Kopenhagen	117.90	119.10	—	—
London	26.42	26.68	26.31	26.57
New York (Scheck)	—	—	5.26⅞	5.32⅞
Paris	34.82	34.99	34.82	34.99
Prag	22.08	22.18	22.08	22.18
Italien	—	—	—	
Oslo	132.65	133.95	132.30	133.60
Stockholm	136.20	137.50	135.80	137.10
Danzig	172.39	173.25	172.35	173.21
Zürich	172.11	172.97	172.05	172.91

Tendenz: uneinheitlich

Aktien: Die Aktienbörse zeigte ruhige Stimmung, die Kurse waren unverändert.

Bank Polski 94.75—95 (95), Warsz. Tow. Fabr. Cukru 27.25—27.50 (27.50), Węgiel 12.75 (12.75), Lilpop 10.60 (10.60).

Devisen: Auf der Geldbörse überwog festere Stimmung.

Im Privathandel wurde gezahlt: Dollar 5.28½ bis 5.29¼, Golddollar 8.91, Goldrubel 4.58 bis 4.59, Silberrubel 1.60, Tscherwonez 1,35.

Amtlich nicht notierte Devisen: Montreal 5.34, New York (Scheck) 5.30.

1 Gramm Feingold = 5,9244 zł.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 8. November. Tendenz: freundlich. Die Führung hatten Farben, die ⅞ Prozent gewannen. Auch Reichsbankanteile waren 1 Prozent und Siemens ¾ Prozent gefestigt. Lahmeyer gewannen ½, AEG ⅜, Schwartzkopff bröckelten weiter ab. Umschuldungsanleihe waren ¼ Prozent höher. Reichsschuldbuchforderungen konnten sich teilweise um ⅛ Prozent befestigen.

Ablösungsschuld: 103¼.

Märkte

Getreide. Bromberg, 7. November. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Bromberg. Richtpreise: Roggen 15.50—15.75, Weizen 16—16.50, Braugerste 20.75—21.25, Einheitsgerste 18—18.50, Sammelgerste 16.75 bis 17.25, Hafer 15.50—16, Roggenkleie 10.50 bis 11.25, Weizenkleie, grob 10.25—10.75, Weizenkleie, fein und mittel 10—10.50, Winterraps 40 bis 41, Winterrübsen 38—39, Leinsamen 41 bis 43, Senf 48—52, Sommerwicken 25—27, blauer Mohn 40—43, Viktoriaerbsen 41—44, Folgererbsen 30—34, Rotklee 125—150, Weissklee 85—105, Gelbklee enthülst 75—85, Timothy-Klee 55—65, pommersche Speisekartoffeln 4.25—4.75, Netzekartoffeln 2.50—3, Fabrikkartoffeln für 1 Kilo-% 12 Groschen, Kartoffelflocken 11.50—12.50, Leinkuchen 17 bis 17.50, Rapskuchen 13.50—14, Sonnenblumenkuchen 17.50—18.50, Kokoskuchen 15—16, Sojaschrot 20.75—21.25, Netzeheu 8—9. Stimmung: uneinheitlich. Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 260 t, Weizen 181 t, Hafer 135 t, Gerste 97 t, Einheitsgerste 151 t, Sammelgerste 61 t, Roggenmehl 25 t, Weizenmehl 20 t, Roggenkleie 18 t, Weizenkleie 134 t, Viktoriaerbsen 15 t, Folgererbsen 15 t, Speisekartoffeln 45 t.

Getreide. Posen, 8. November. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty frei Station Poznań.

Umsätze:

Sammelgerste 15 t 17.75, Hafer 30 t 15.30, 30 t 15.25.

Richtpreise:

Roggen	15.50—15.75
Weizen	16.00—16.50
Braugerste	21.00—21.50
Einheitsgerste	19.00—19.50
Sammelgerste	17.50—18.00
Hafer	15.25—15.50
Roggenmehl (65%)	19.50—21.50
Weizenmehl (65%)	24.25—24.75
Roggenkleie	10.00—11.00
Weizenkleie mittel	10.00—10.50
Weizenkleie (grob)	10.75—11.25
Gerstenkleie	11.00—12.50
Winterraps	41.00—42.00
Senf	51.00—55.00
Sommerwicke	26.00—28.00
Viktoriaerbsen	41.00—45.00
Folgererbsen	32.00—35.00
Klee, rot, roh	130.00—150.00
Klee, weiss	80.00—100.00
Klee, schwedisch	180.00—210.00
Klee, gelb. ohne Schalen	70.00—80.00
Wundklee	80.00—100.00
Timothyklee	60.00—70.00
Raygras	80.00—90.00
Speisekartoffeln	2.20—2.50
Fabrikkartoffeln pro Kilo %	0.12¼
Weizenstroh, lose	2.25—2.45
Weizenstroh, gepresst	2.85—3.05
Roggenstroh, lose	2.75—3.00
Roggenstroh, gepresst	3.25—3.50
Haferstroh, lose	3.00—3.25
Haferstroh, gepresst	3.50—3.75
Gerstenstroh, lose	1.95—2.45
Gerstenstroh, gepresst	2.85—3.05
Heu, lose	7.25—7.75
Heu, gepresst	7.75—8.25
Netzeheu, lose	8.25—8.75
Netzeheu, gepresst	8.75—9.25
Leinkuchen	17.00—17.50
Rapskuchen	13.50—13.75
Sonnenblumenkuchen	17.50—18.00
Sojaschrot	21.00—21.50
Blauer Mohn	40.00—43.00

Stimmung: ruhig.

Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 219 t, Weizen 135 t, Gerste 297 t, Hafer 45 t, Roggenmehl 125.3 t, Weizenmehl 109 t, Roggenkleie 140 t, Weizenkleie 100 t, Senf 4.5 t, Viktoriaerbsen 15 t, Leinkuchen 3 t, Sonnenblumenkuchen 5 t, Kokoskuchen 5 t, Speisekartoffeln 300 t, Fabrikkartoffeln 450 t.

Getreide. Danzig, 7. November. Amtliche Notierung für 100 kg in Gulden: Weizen 128 Pfd. z. Konsum 10.25—10.40, Roggen 120 Pfd. z. Ausfuhr ohne Handel, Roggen 120 Pfd. z. Konsum 8.90—9, Gerste feine zur Ausfuhr 12.20 bis 12.75, Gerste mittel lt. Muster 11—11.60, Gerste 114/15 Pfd. zur Ausfuhr 10.50, Gerste 110/11 Pfund zur Ausfuhr 10.25, Gerste 105/06 Pfd. zur Ausfuhr 9.70, Hafer zur Ausfuhr 8—9.80, Hafer zum Konsum 9.80—10.40, Roggenkleie 6.60—6.80, Weizenkleie grobe 6.80—7, Weizenkleie Schale 7.25. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 1, Roggen 7, Gerste 37, Hafer 4, Hülsenfrüchte 6, Saaten 7.

Getreide. Warschau, 6. November. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Warschau, Kurse laut Börsenpreisen: Gerste 678/673 gl 17—17.50, Gerste 649 gl 15.75—16.25, Wicken 21—22; der Rest der Notierungen unverändert. Gesamtumsatz 2339 t, davon Roggen 405 t. Stimmung: ruhig.

Getreide. Warschau, 7. November. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Warschau, Kurse laut Börsenpreisen: Sommerweizen, rot, gläsern 775 gl 19.50—20, Einheitsweizen 742 gl 18.50—19, Sammelweizen 731 gl 17.50—18, Standardroggen I 700 gl 15—15.50, Standardroggen II 687 gl 14.50—15, Standardhafer I unverregnet 497 gl 16.50—17, Standardhafer II leichtverregnet 468 gl 15,50—16.50, Standardhafer II verregnet 438 gl 15—15.50, Braugerste 689 gl 19.50—21, Gerste 678—673 gl 17—17.50, Gerste 649 gl 15.75—16.25, Gerste 620.5 gl 15.50—16, Felderbsen mit Sack 27—29, Viktoriaerbsen mit Sack 47—52, Wicken 21 bis 22, Peluschken 21.50—22.50, blaue Lupinen 7—7.50, gelbe Lupinen 8.50—9.50, Winterraps und Rübsen 43.50—45, Sommerraps und Rübsen 39—40.50, Leinsamen 43.50—45, Rotklee, roh 115—130, Weissklee, roh 70—90, Speisekartoffeln 3.25—3.50, blauer Mohn 44—48, Weizenmehl 65proz. 25—27, Roggenmehl 65proz. 23 bis 23.50, Schrotmehl 17—18, Weizenkleie, grob 11—11.50, Weizenkleie, fein und mittel 10 bis 10.50, Roggenkleie 9—9.50, Leinkuchen 16.25 bis 16.75, Rapskuchen 12.75—13.25, Sonnenblumenkuchen 17.25—17.75, Sojaschrot 45proz. mit Sack 21—21.50. Gesamtumsatz 1252 t, davon Roggen 150 t. Stimmung: ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten
einschließlich Unterhaltungsbeilage.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Hans Machatschek; für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. — Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Gottesdienstordnung für die kath. Deutschen
vom 10.—17. November 1934.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 1/2 8 Uhr: Beichtgelegenheit. 9 Uhr: Predigt und Amt (Armensammlung). 3 Uhr: Fürbitten und hl. Segen. (Versammlung des lebendigen Rosenkranzes.) 5 Uhr: Marienverein. Montag, 7 Uhr: Gesellenverein. Bibliothek: Freitag nachm. von 6—9 Uhr.

Überschriftswort (fett)	20	Groschen
jedes weitere Wort	12	„
Stellengesuche pro Wort	10	„
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	„

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.